

Newsletter 55 – überregional - vom 02. August bis 01. September 2007

02.08.2007 **Kölner Stadt-Anzeiger: Koalitionsstreit um Links- und Rechtsextremismus Uhl (CSU) widerspricht Edathy (SPD)**

Köln (ots) - Köln - Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl, sieht angesichts der jüngsten Haftbefehle gegen vier mutmaßliche Mitglieder der linksextremistischen Vereinigung "militante Gruppe" eine gleich starke Bedrohung durch Links- und Rechtsextremismus in Deutschland. "Sieht man sich im Verfassungsschutzbericht 2006 die Zahlen an, dann hält es sich grob gesagt die Waage", sagte der CSU-Politiker dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Freitag-Ausgabe). Es gingen mehr Sachbeschädigungen auf das Konto von Linksextremisten; umgekehrt seien bei den Körperverletzungen die Rechtsextremisten führend. "Es ist richtig, nicht auf einem Auge blind zu sein." Zu den Festnahmen erklärte Uhl: "Man kann die Aktion nur begrüßen. Wir haben dauernd abgepackelte Autos in Berlin. Das darf nicht sein. Das ist kein Kavaliersdelikt."

Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), hatte sich zuvor gegenteilig geäußert und der Zeitung gesagt: "Wir haben nach wie vor die größere Herausforderung im Bereich des Rechtsextremismus. Im Umfeld des G-8-Gipfels hat es viel Mobilisierung des Linksextremismus gegeben. Aber das war eine spezifische Situation." Vier Mitglieder der "militanten Gruppe" waren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen worden.

Pressekontakt: **Rückfragen bitte an:** **Kölner Stadt-Anzeiger**
Politik-Redaktion **Telefon: +49 (0221)224 2444** ksta-produktion@mds.de

03.08.2007 **URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1184494 Namens-Missbrauch: NPJ schmückt sich mit Waldorfpädagogik**

Ein Rechtsextremist plant ein Schullandheim in Brandenburg, aber Anhänger Rudolf Steiners wollen dessen Namens-Missbrauch verhindern.

03.08.2007 www.faz.net

Reinhard Kaiser gegen die juristische Versiegelung der Geschichte

Der deutsche Autor [Reinhard Kaiser](#) bezweifelt den Sinn von "Erinnerungsgesetzen", die die Leugnung des Holocaust oder von Völkermord unter Strafe stellen. "Die Glaubhaftigkeit des Holocaust nimmt Schaden, wenn man seine Unglaublichkeit tabuisiert... Es könnte sein, dass die Glaublichkeit des Holocaust in nicht allzu ferner Zukunft wieder abnimmt – mit zunehmendem zeitlichen Abstand, mit dem Aussterben der Überlebenden, die noch lebendiges Zeugnis ablegen können, mit dem Verblässen der Erinnerungen, die von einer Generation an die nächste weitergegeben werden, mit der Integration einer wachsenden Zahl von Menschen aus anderen Ländern mit anderem kulturellen und historischen Hintergrund. Lebendige Aufklärung wird noch dringender und schwieriger zu bewältigen sein als heute... Vielleicht täten wir gut daran, uns die Freiheit zuzumuten, die Bestimmungen über das Leugnen und Verharmlosen des Holocaust nach dem Vorbild Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, wo es solche Maßregeln nie gegeben hat, fallen zu lassen, statt sie in Form eines europäischen Rahmenabkommens über den strafrechtlichen Umgang mit strittiger Historie zu verallgemeinern." (02.08.2007)

03.08.2007 www.mdr.de

Konsequenzen nach Polizeipanne in Sachsen-Anhalt

Magdeburg: In Sachsen-Anhalt sind nach einer neuen Polizei-Panne bei der Verfolgung mutmaßlicher Rechtsextremer Konsequenzen gezogen worden. Wie das Innenministerium mitteilte, wurden bei der Polizei in Burg ein Dienstgruppenleiter und sein Vertreter von ihren Funktionen entbunden. Beide wurden nach Angaben von Polizeipräsident Lottmann ab sofort in das nahe gelegene Genthin versetzt. Er warf ihnen vor, die Lage falsch eingeschätzt und keine Verstärkung losgeschickt zu haben. Den Beamten vor Ort wolle er keinen Vorwurf machen. - Die drei mutmaßlichen Täter waren nach dem Überfall auf eine vietnamesische Familie in Burg nicht sofort in Gewahrsam genommen worden. Dadurch konnten sie später noch die Wohnung verwüsten. Sie verletzten auch den 14-jährigen Sohn der Familie. Gegen zwei Angreifer erging inzwischen Haftbefehl.

04.08.2007 **Verordnete Gleichsetzung**

Entwurf zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes in der Kritik der Opferverbände. Deutscher Faschismus wird relativiert und DDR-System mit ihm auf eine Stufe gestellt von Hans Daniel

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-04/022.php>

04.08.2007 **»Das Konzept muß vom Tisch«**

Sonst gibt es nur noch Geld für Gedenkstätten, in denen Geschichtsklitterung betrieben wird. Ein Gespräch mit Heinrich Fink von Hans Daniel

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-04/024.php>

04.08.2007 Braune Immobiliengeschäfte

Arbeitsgruppe der Innenminister offenbart Methoden der Rechtsextremisten bei Grundstückskäufen. Bundesweit 26 Objekte erworben von Ulla Jelpke
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-04/020.php>

04.08.2007 www.spiegel-online.de

POLIZISTEN IM OSTEN - [Klare Kante gegen Rechtsextremisten](#)

Auf dem rechten Auge blind, schlecht organisiert, unmotiviert - die Polizei im Osten kämpft gegen Vorurteile, die genährt werden durch dreiste Überfälle von Neonazis. Erfurts Polizeichef Raymond Walk hat sich dagegen einen Ruf als Rechtsextremisten-Verfolger erarbeitet. Von Florian Gathmann, Erfurt

04.08.2007 Der Tagesspiegel: Diskussion um NPD-Verbot

Berlin (ots) - Die Diskussion über ein Verbotverfahren gegen die NPD kommt wieder in Gang: Nach dem Vorstoß von SPD-Fraktionschef Peter Struck fordert dies nun auch Sebastian Edathy (SPD), der Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag: "Die NPD hat sich deutlich radikalisiert und ist mittlerweile das Kernstück der rechtsextremistischen Infrastruktur in Deutschland", sagte Edathy dem Tagesspiegel (Samstagsausgabe). Der Steuerzahler dürfe keine Partei finanzieren, die verfassungsfeindlich sei und eine Diktatur einführen wolle. Die Beweislage für ein erfolgreiches Verfahren gegen die NPD hält Edathy für ausreichend. Dagegen sagte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) dem Tagesspiegel, er bezweifle derzeit den Erfolg eines neuen Verbotverfahrens. Er hoffe aber auf die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz, die sich mit der staatlichen Finanzierung der NPD befasst: "Wenn in dieser Frage ein Vorgehen rechtsstaatlich möglich ist, würde ich grundsätzlich entsprechende Maßnahmen begrüßen." Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) lehnt einen Verbotantrag grundsätzlich ab: "Durch Aufklärung und Information erreichen wir wesentlich mehr als durch Verbote", sagte Schünemann. Zudem setze das Parteienprivileg einem Verbot sehr hohe verfassungsrechtliche Schranken. Daher halte er ein weiteres Verbotverfahren gegen die NPD nicht für sinnvoll, sagte Schünemann.

Pressekontakt: Der Tagesspiegel Chef vom Dienst Thomas Wurster
Telefon: 030-260 09-308 Fax: 030-260 09-622 cvd@tagesspiegel.de

07.08.2007 Städtisches Kongreßzentrum für Neonazis

Breites Bündnis gegen NPD-Versammlung zum Auftakt der Landtagswahlen in Hannover von Tomasz Konicz
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-07/047.php>

07.08.2007 Glückwünsche an die Waffen-SS

Geschichtsrevisionismus in Estland und Westukraine weiter auf dem Vormarsch von Tomasz Konicz
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-07/026.php>

07.08.2007 NDR Norddeutscher Rundfunk

NDR Info: NPD-Spitzenkandidat plant Immobilienerwerb für Schulungszentrum in Niedersachsen

Hamburg (ots) - Der Spitzenkandidat der rechtsextremistischen NPD in Niedersachsen, Andreas Molau, hat Informationen von NDR Info bestätigt, wonach er auch in Niedersachsen ein ...

08.08.2007 Heß-Marsch in Wunsiedel bleibt verboten

Antifaschisten mobilisieren für 18. August: Neonaziaufzug soll auch an Ausweichorten verhindert werden von Theo Schneider
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-08/049.php>

08.08.2007 Brandanschlag in Bern

Angriff auf Antifa-Festival in der Schweiz. Nur durch einen Zufall blieb Explosion ohne Folgen. Konzertveranstalter vermuten neofaschistischen Hintergrund von Ole Schneider
<http://www.jungewelt.de/2007/08-08/001.php>

09.08.2007 www.spiegel-online.de

SOUVENIRS AUS DEM BUNKER - [Wie Hitlers Plattensammlung nach Moskau kam](#)

In Moskau sind Teile der Schallplattensammlung aus dem Berliner Führerhauptquartier aufgetaucht. Das Überraschende: Adolf Hitler hörte nicht nur Wagner, sondern auch jüdische Interpreten und russische Musik. Von Georg Bönisch und Matthias Schepp [mehr...](#)

10.08.2007 <http://www.bpb.de/themen/R2IRZM>

Dossier - [Rechtsextremismus: Schwerpunkt Rezepte gegen Rechtsextremismus](#)

Der Rechtsextremismus bedroht die Zivilgesellschaft. Zeit, ihm entschlossen entgegenzutreten. Neuer Schwerpunkt des bpb-Angebots: Rezepte gegen Rechtsextremismus.

10.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Rechtsextremismus / Praktikant leitete brisante Ermittlung - Polizei räumt Fehler ein

Halle (ots) - Die Präsidentin der Polizeidirektion Dessau-Roßlau, Brigitte Scherber-Schmidt, hat sich beim Leiter des Dessauer Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Steffen Andersch, für ungerechtfertigte Ermittlungen entschuldigt. Wie die in Halle erscheinende Mitteldeutsche Zeitung (Freitag-Ausgabe) berichtet, räumte Scherber-Schmidt ein, dass ein unerfahrener Praktikant die Ermittlungen leitete und Fehler auftraten. Andersch hatte Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt, nachdem die Polizei gegen ihn unter anderem wegen übler Nachrede ermittelt hatte. Andersch hatte 2006 bei einer Veranstaltung in Bergwitz (Kreis Wittenberg) über rechte Strukturen informiert - und zeigte Bilder eines NPD-Mannes. Zwei anwesende Polizisten zeigten ihn an, weil er das Foto ohne Zustimmung des Betroffenen zeigte. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein, weil der NPD-Mann als ehemaliger Bundestagskandidat "relative Person der Zeitgeschichte" sei. Scherber-Schmidt räumte nun ein, dass "trotz der erkennbaren Brisanz" mit den Ermittlungen ein Kommissar betraut wurde, der im Staatsschutz-Kommissariat Praktikant war, "um seine ersten kriminalpolizeilichen Praxiserfahrungen zu sammeln". Ihm seien die Fehler nicht anzulasten, er sei offenbar von der Führung des Staatsschutz-Kommissariats FK4 "allein gelassen" worden. Sie entschuldigt sich "ausdrücklich für die Versäumnisse der früheren Leitung des FK4". Unter anderem seien Vorschriften des Nebenstrafrechts nicht beachtet worden. Damaliger FK4-Leiter war einer der Staatsschützer, die dem Vizepräsidenten Hans-Christoph Glombitza vorgeworfen hatten, er habe sie bei Verfolgung rechter Straftaten bremsen wollen. "Fehler einzuräumen ist für eine solche Behörde sehr viel, das erkenne ich an", reagierte Andersch gestern. Dass allein dem FK4-Leiter alle Schuld zugewiesen wird, wirke aber "höchst seltsam". Zu Ende sei der Fall nicht: Andersch fordert Erstattung seiner Anwaltskosten - und 200 Euro Schmerzensgeld für die Belastung durch die ungerechtfertigten Vorwürfe.

Pressekontakt:

Rückfragen bitte an:

Mitteldeutsche Zeitung

Chefredaktion

Tel.: 0345/565-4307

11.08.2007 Gräfenberg fürchtet Aufmarsch von Heiß-Fans

NPD- Kundgebung am 18. August geplant. Fränkische Kleinstadt will keine braune Pilgerstätte sein von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-11/054.php>

11.08.2007 Der »weiße Baum« von Jena

Rassismus gehört in den USA auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts immer noch zum Alltag von Kolumne von Mumia Abu-Jamal

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/08-11/011.php>

11.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Polizei / Linkspartei attackiert Innenminister wegen Polizeipannen - Gallert: Wenn es darauf ankommt, fällt Hövelmann um

Halle (ots) - Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) gerät wegen Polizeipannen bei der Verfolgung rechtsextremer Straftaten in die Kritik. Wie die in Halle erscheinende Mitteldeutsche Zeitung (Samstag-Ausgabe) berichtet, wirft ihm die Linkspartei Inkonsequenz und einen Mangel an Durchsetzungsfähigkeit im eigenen Polizeiapparat vor. Auslöser der Kritik ist die Serie von Polizeipannen bei der Verfolgung rechter Straftaten. Zuletzt war in Burg Polizisten Verstärkung für die Verfolgung von Rechten verweigert worden, die Vietnamesen überfallen hatten. Die Linkspartei räumt zwar ein, dass Hövelmann im Gegensatz zu seinem Vorgänger Klaus Jeziorsky (CDU) dem Kampf gegen Rechts Priorität eingeräumt hat. "Wir akzeptieren sein Ziel, aber nicht seine Inkonsequenz und sein widersprüchliches Verhalten", sagte Fraktionschef Wulf Gallert der Zeitung. Einerseits habe Hövelmann Vorwürfe, in der Landespolizei gebe es strukturelle Probleme im Kampf gegen Rechts, strikt zurückgewiesen. Andererseits schreibe er alle 8.000 Polizeibeamten an und fordere ein konsequenteres Vorgehen gegen Rechtsextremisten. Hövelmann habe auch Probleme, sich in seinem Ministerium zu behaupten. "Wenn es darauf ankommt, sich gegen seine eigene Ministeriumsbürokratie durchzusetzen, dann fällt er um", sagte Gallert. Dazu gehöre, dass Hövelmann sich in der Dessauer Polizeiaffäre hinter den Führungsbeamten, den Vizepräsidenten Hans-Christoph Glombitza gestellt und drei Staatsschützer "im Regen stehengelassen" habe. Das sei ein demotivierendes Zeichen für alle rangniedrigen Beamten, gerade im Bereich Staatsschutz. Der Fall wird auch Thema eines Untersuchungsausschusses sein, den die Linke im September beantragen will. Hövelmann warf der Linken vor, aus den Polizeipannen "politisch Honig saugen" zu wollen. Er wies die Kritik zurück. "Ich scheue Druck nicht und Angst vor konsequenten Entscheidungen habe ich auch nicht", sagte er der MZ. Eine persönliche Verantwortung trage er nicht. "Ich bin die Probleme angegangen, trotzdem haben wir diese Vorkommnisse", so Hövelmann. Er verwies auf einige Maßnahmen. So habe er etwa auf verschiedenen Ebenen Beamte ausgetauscht. Auch habe er Schulungen angeordnet und dem Thema Rechtsextremismus werde an der Landes-Polizeischule mehr Platz eingeräumt. "Ich stelle mir auch ständig die Frage, was wir noch tun können. Viel fällt mir da nicht mehr ein", sagte Hövelmann der Zeitung.

Pressekontakt:

Rückfragen bitte an:

Mitteldeutsche Zeitung

Chefredaktion

Tel.: 0345/565-4300

11.08.2007 www.mdr.de

Sachsen-Anhalt will Aktionen zum Heß-Todestag generell verbieten

Magdeburg: Die Regierung von Sachsen-Anhalt will rechte Kundgebungen zum Todestag von Hitler-Stellvertreter Heß am 17. August generell verbieten. Innen-Staatssekretär Erben sagte, das Ministerium prüfe rechtliche Möglichkeiten für ein landesweites Verbot. Bestärkt sehe man sich durch eine Entscheidung des Magdeburger Obergerichtes gegen eine für heute geplante Kundgebung in Burg. Die Richter hatten eine Verbotsvorstellung der Polizei bestätigt und damit eine anders lautende Entscheidung des Magdeburger Verwaltungsgerichtes aufgehoben. - Unterdessen versammelten sich in Magdeburg rund 150 Rechtsextreme spontan zu einer Kundgebung. Die Polizei sprach Platzverweise aus.

12.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Verfassungsschutz / Präsident Fromm gegen NPD-Verbot

Halle (ots) - Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, lehnt ein neues NPD-Verbotsverfahren ab. "Ich bin skeptisch, was die Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens in absehbarer Zeit angeht", sagte er der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" (Montag-Ausgabe). "Die Hürden, die sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dem zurückliegenden Verfahren ergeben, sind sehr hoch." Auf den vom Bundesverfassungsgericht geforderten Verzicht auf V-Leute könne man nicht eingehen. "Das, was öffentlich wahrnehmbar ist, ist nur ein Teil dessen, was die Partei will und was sie tut. Ohne den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel würden wir nur das sehen, was wir sehen sollen." Auch bei einem Verzicht auf V-Leute sei der Erfolg des Verbotsverfahrens nicht garantiert. "Das würde unterstellen, dass sich die NPD so gibt, wie sie tatsächlich ist. Wir haben beim letzten Verbotsverfahren allerdings den Eindruck gehabt, dass die Partei sich während der Dauer des Verfahrens moderat gegeben hat. Es wäre dann nicht mehr möglich, eine derartige Taktik zu entlarven." Der Verfassungsschutzchef schließt ein Verbot jedoch nicht dauerhaft aus.

"Das ist eine Bewertung aus der jetzigen Situation heraus. Die Dinge entwickeln sich. Im Übrigen war die Mehrheit der Richter 2003 für eine Fortsetzung des Verfahrens. Wegen der Besonderheiten in einem derartigen Verfahren hat das Votum einer qualifizierten Minderheit von drei Richtern allerdings dazu geführt, dass es beendet wurde." An der Verfassungsfeindlichkeit der NPD sei grundsätzlich nicht zu zweifeln, so Fromm. **"Die NPD ist eine eindeutig verfassungsfeindliche Organisation.** Und die NPD ist die rechts-extremistische Gruppierung, die uns am meisten Kummer macht, neben den Neonazi-Kameradschaften, mit denen sie zunehmend kooperiert. Sie ist im Osten am erfolgreichsten."

Pressekontakt:

Rückfragen bitte an:

Mitteldeutsche Zeitung

Chefredaktion

Tel.: 0345/565-4300

13.08.2007 Versprengt in Sachsen-Anhalt

Neonaziaufmarsch in Burg bei Magdeburg doch verboten. 150 Antifaschisten demonstrierten trotzdem von Lothar Bassermann --> <http://www.jungewelt.de/2007/08-13/023.php>

13.08.2007 Frankreich - Le Figaro - Elisabeth G. Sledziwski über das Leiden Polens

Politikexpertin [Elisabeth G. Sledziwski](#) beklagt, dass die Franzosen den Aufstand im Warschauer Ghetto (1943) und den Aufstand in Warschau (1944) nicht auseinanderhalten können. "Diese Verwechslung ist Teil einer viel größeren Unkenntnis über den Krieg in Polen, von dem die Franzosen nur eine Dimension – die Vernichtung der Juden – in Erinnerung behalten haben. Diese Ignoranz grenzt an eine Leugnung der historischen Realität: Diese bestand in der Vernichtung der Aufständischen von 1944 nach fünf Jahren barbarischer Besetzung durch die Nazis und im zynischen Verrat des stalinistischen 'Verbündeten'. Als würde der Schrecken der Shoah im besetzten oder annektierten Polen den Leidensweg der seit dem 1. September 1939 in Sklaverei gehaltenen polnischen Nation auslöschen. Die Polen verstehen diese Leugnung nicht und leiden darunter." (09.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, französisch\)](#)

13.08.2007 Deutschland – FAZ - Ralph Giordano über "Multikulti-Illusionisten"

Der Schriftsteller Ralph Giordano hat sich im Mai 2007 vehement gegen den Bau einer Zentralmoschee in Köln ausgesprochen. Rechtsextreme Politiker griffen seine Worte auf, von anderer Seite wurde er heftig kritisiert. Außerdem erhielt er Morddrohungen. Im Gastbeitrag bekräftigt Giordano nun seine Ansichten. "Dass einem falsche Bundesgenossen auf die Schulter zu klopfen versuchen, ist hässlich, mundtot machen lassen sollte man sich dadurch aber nicht. Man braucht, verdammt noch mal, kein Überlebender des Holocaust zu sein, um mit bürgerlichem Selbstbewusstsein den nach wie vor in linken Denkschablonen steckenden Multikulti-Illusionisten, xenophilen Einäugigen und Appeasement-Doktrinären couragiert die Stirn zu bieten. Niemand sollte sich durch politische Diffamierung deutscherseits oder muslimische Drohungen einschüchtern lassen." (13.08.2007)

13.08.2007 Italien - La Repubblica - Die Roma als Sündenböcke

In Italien tobt derzeit eine heftige Debatte über die Lebensbedingungen der Roma, nachdem am Samstag bei einem Feuer in einem Lager nahe Livorno vier Roma-Kinder ums Leben gekommen waren. Gad Lerner kommentiert: "Die Roma sind eine Ausnahme bei der 'politischen Korrektheit': Bei ihnen gibt es eine hohe

Alkoholismusquote, sie sind Nomaden, sie werden mit Arbeitslosigkeit und Kriminalität in Verbindung gebracht - das sind unwiderlegbare Tatsachen. All das macht Angst und führt zu einer Verallgemeinerung, die in Bezug auf jedes andere Volk unfassbar wäre: sie gelten alle als schuldig. Aufgrund ihrer Lebensart, aufgrund ihrer kulturellen Tradition... Aber man muss eines ganz deutlich sagen: Man kann die Roma nicht als menschlichen Müll betrachten. Man kann ihre Existenz nicht auslöschen oder ihre Ausrottung konzipieren. Verrückt? Überhaupt nicht. Wenn wir diese überstürzten Verallgemeinerungen akzeptieren, schwimmen unsere moralischen Grundsätze und wir bewegen uns Schritt für Schritt auf diesen einzigen Ausweg zu. Wer hätte vorhersehen können, dass mitten in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Feindseligkeit gegen das 'schuldige' Volk in der 'Endlösung' enden würde?" (13.08.2007)

» [weiterführende Informationen \(externer Link, italienisch\)](#)

14.08.2007 **Niedersachsen-NPD will in den Landtag**

Neonazis planen Großkundgebung in Hannover und suchen Immobilie für Schulungszentrum von Reimar Paul
--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/08-14/052.php>

14.08.2007 www.mdr.de

Sachsen-Anhalt will schärfere Strafen für rechtsextreme Gewalttäter

Magdeburg: Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt will heute eine Initiative auf den Weg bringen, um rechtsextremistische Gewalt härter zu ahnden. Das Kabinett will dazu eine Vorlage von Justizministerin Kolb beschließen. Die Initiative soll dann zusammen mit Brandenburg in den Bundesrat eingebracht werden. Konkret ist geplant, im Strafgesetzbuch festzuschreiben, bei Gewalttaten politische oder rassistische Beweggründe strafverschärfend zu berücksichtigen. Außerdem sollen gegen rechtsextremistische Wiederholungsstäter keine Bewährungsstrafen mehr verhängt werden. Die meisten Bundesländer haben aber bereits signalisiert, dass sie die bisherigen Rechtsvorschriften für ausreichend halten.

14.08.2007 [Lausitzer Rundschau: Länderinitiative für Strafrechtsverschärfung bei politisch motivierten Taten](#)

Cottbus (ots) - Das Ziel ist nur allzu gut nachzuvollziehen. Rechtsextremistische Schläger sollen nicht mehr mit Bewährungsstrafen davonkommen, sondern im Gefängnis einsitzen. Deshalb wollen Brandenburg und Sachsen-Anhalt das Strafgesetzbuch ändern. Mit einer Bundesratsinitiative sollen politische oder rassistische ...

15.08.2007 **NPD: V-Mann beim Verfassungsschutz?**

Neofaschisten erhielten offenbar Insiderinformationen aus Geheimdienstkreisen
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-15/049.php>

15.08.2007 **Stadt drückt Augen zu**

2000 Neonazis am 8. September in Jena erwartet. Trotz Beteiligung von »Blood Honour«-Spektrum sehen Verantwortliche keinen Verbotgrund von Lothar Bassermann und Juri Eber
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-15/037.php>

15.08.2007 **Neue Ausgabe des AIB erschienen**

Antifaschistisches Infoblatt beleuchtet rechte Verschwörungstheorien
--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/08-15/038.php>

15.08.2007 www.tagesschau.de

* [Neonazis in Wunsiedel: Aufmarsch bleibt verboten](#)

Es bleibt dabei: Auch heuer dürfen keine Neonazis zum Gedenken an Rudolf Heß durch Wunsiedel marschieren. Am Montag bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Verbot. [\[br\]](#)

15.08.2007 **Italien - La Stampa**

Die Untätigkeit des Westens gegenüber dem "Antiziganismus"

Nach dem Tod von vier Roma-Kindern wird in Italien weiter über die Lage der Roma debattiert. Der Sprecher der Gemeinde Sant'Egidio, Mario Marazziti, erklärt: "Der Westen hat die Vernichtung der Zigeuner im Zweiten Weltkrieg noch nicht aufgearbeitet. Aber 300.000 bis eine halbe Millionen von ihnen sind in den Vernichtungslagern der Nazis umgebracht worden (schon die ungenaue Zahl zeigt die Gleichgültigkeit der Historiker). Der Westen ist nicht immun gegen den 'Antiziganismus' geworden. Es gab keine Entschädigungen, keine Kollektivschuld oder Scham... In Italien haben Roma eine Lebenserwartung von 45 Jahren. Nicht weil sie in ihren Wohnwagen verbrennen, sondern aufgrund ihrer Lebensbedingungen: Krankheiten, Unfälle, Mangelernährung... Das Problem liegt nicht in der Zahl der Straftaten, die von ihnen begangen werden, denn ein normales Land kann Straftäter bestrafen. Die Ursache dieser Straftaten sind Armut und Ausgrenzung - und nicht die 'Kultur der Zigeuner'." (14.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, italienisch\)](#)

**15.08.2007 Ungarn - Elet es Irodalom
Direkte Demokratie als Helfer des Populismus?**

Die ungarische Demokratie sei ernsthaft in Gefahr, hatte der Schriftsteller Péter Nádas vor einigen Wochen in einem Essay gewarnt. Der Schriftsteller Iván Sándor analysiert die Hintergründe: "Die Regierungsparteien achten die Spielregeln der Verfassung und der Demokratie, aber die größte Oppositionspartei [die rechtskonservative Fidesz] missachtet sie, macht durch rituelle Auftritte Politik auf der Straße und grenzt sich kaum von den Rechtsradikalen ab. Immer öfter wird die Einführung der direkten Demokratie gefordert, nicht als rechtmäßige Kontrolle der Regierung, nicht als oppositionelle, auf das Versammlungsrecht basierende Aktion, sondern als Legitimierung populistischer Forderungen durch die Massen." (15.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, ungarisch\)](#)

16.08.2007 Kein Verbot in München

Heß-»Gedenken« in Wunsiedel, Gräfenberg und Jena untersagt. NPD legt Rechtsmittel ein. Bayerische Landeshauptstadt hat kein Problem mit Neonazitreffen von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-16/049.php>

16.08.2007 www.tagesschau.de

* [Bundesratsinitiative gegen rechte Schläger](#)

Sachsen-Anhalt und Brandenburg wollen rechtsextreme Schläger härter bestrafen und dazu das Strafgesetzbuch ändern. Die Länder liegen bei der rechtsextremen Kriminalität an der Spitze. In Sachsen-Anhalt steht der Innenminister daher unter Druck, dazu kommen zahlreiche Polizeipannen. [[mehr](#)]

- [Rechte Straftaten: Justiz fehlt Personal \(05.01.07\)](#)
- [Interview: "Alle Fremden sollen vertrieben werden"](#)
- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)
- [Forum: Härtere Strafen für rechte Gewalttäter?](#)
- [Video: Härtere Strafen für rechte Gewalttäter](#)

16.08.2007 www.tagesschau.de

* [Kino: Premiere für "Am Ende kommen Touristen"](#)

Zum ersten Mal zeigt ein deutscher Spielfilm Auschwitz so, wie es heute ist. Natürlich gibt es die KZ-Gedenkstätte - aber auch Touristen, Eisbuden und Karaoke-Bars. Der Film "Am Ende kommen Touristen" erzählt die Geschichte eines deutschen Zivis, der in Auschwitz einen KZ-Überlebenden betreut. [[mehr](#)]

- [Als Zivildienstleistender in Auschwitz](#)

16.08.2007 www.tagesschau.de

* [Neonazis: "Faustschlag ins Gesicht"](#)

Die rechtsextreme NPD darf nach jüngstem Richterspruch am Samstag im oberfränkischen Gräfenberg aufmarschieren. Das Landratsamt wehrt sich nun gegen den Beschluss. [[br](#)]

16.08.2007 www.spiegel-online.de

BRAUNES JAMEL - [Ein Dorf in der Hand von Neonazis](#)

Abgefackelte Häuser, aufgespießte Haustiere, vertriebene Neubürger, Kriegsspiele im Wald - ein Dörfchen vor den Toren Wismars ist seit mehr als einem Jahrzehnt in der Hand von Neonazis. Der Bürgermeister sagt: "Wir haben Jamel aufgegeben." Doch es gibt noch ein paar Unentwegte. Von Philipp Wittrock, Gägelow [mehr...](#) [[Forum](#)]

16.08.2007 www.spiegel-online.de

"AM ENDE KOMMEN TOURISTEN" - [Auschwitz mit Aussicht](#)

Wie lebt es sich im Schatten des Völkermords? In Robert Thalheims "Am Ende kommen Touristen" erlebt ein Zivi in der Gedenkstätte Auschwitz seine erste Liebe. Ein wundersam unaufgeregter Film über die Widersprüche des Erinnerens. Von Christian Buß [mehr...](#)

16.08.2007 "Blick nach Rechts" - Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:

Hehre Bekenntnisse

Offiziell geht die Frey-Partei auf Abstand zu Neonazis – in Dortmund hat die DVU keine Berührungängste zur braunen Szene.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/hehrebekenntnisse/>

Logistischer Testlauf [€]

Die NPD bereitet sich auf die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im übernächsten Jahr vor – der Wahlkampf in Aldenhoven war von Bedrohungen und Strafanzeigen geprägt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/logistischertestlauf/>

Illustrier Kandidat [€]

Rigolf Henning ist für die NPD „ein Mann aus der Mitte des Volkes“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/illustrerkandidat/>

Funktionierendes Netzwerk [€]

Rechtsextreme Drohungen hinter Gittern.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/funktionierendesnetzwerk/>

Fremdenfeindliche Demagogen [€]

Die ideologischen Grundlagen rechtsextremer Globalisierungs- und Kapitalismuskritik.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/fremdenfeindlichedemagogen/>

„Wahre Hintergründe“ [€]

Secret TV – ein neues Internet-Angebot für die Freunde brauner Esoterik.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/wahrehintergruende/>

Caberta gegen Cruise [€]

Der Hamburger Innensenator Udo Nagel fordert Verbot von Scientology – Anlass war die Vorstellung des „Schwarzbuchs Scientology“ von Expertin Ursula Caberta.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/cabertagegencruise/>

Blick hinter die Kulissen [€]

Der kürzlich verstorbene Raul Hilberg gilt als „Vater der Holocaust-Forschung“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/blickhinterdiekulissen/>

Chronik des Hasses [€]

Der „blick nach rechts“ dokumentiert antisemitische Vorfälle im ersten Halbjahr 2007.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe172007/chronikdes Hasses/>

Auftakt für Niedersachsen

Hannover – Am 15. September findet die Wahlkampfauftaktkundgebung der NPD in Niedersachsen in der Eilenriedhalle im Congress-Centrum in Hannover statt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/auftaktfuerniedersachsen/>

Prozess gegen Stolz [€]

Mannheim – Am 15. November soll vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Mannheim das Hauptverfahren gegen die Neonazi-Rechtsanwältin Sylvia Stolz beginnen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/prozessgegenstolz/>

Braune Nothilfe [€]

Gernsheim – Nachdem sich Anfang des Jahres die Neonazi-Sanitärtruppe „Braunes Kreuz“ nach einem Rechtsstreit mit dem DRK aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte, wird jetzt offenbar an einen Neuaufbau gedacht.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/braunenothilfe/>

17.08.2007 **Deutsche Neonazis trainieren in der Schweiz mit dem Sturmgewehr** von Markus Bernhardt
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-17/040.php>

17.08.2007 **NPD darf in Jena marschieren**
Um Todestag von Hitler-Stellvertreter Heß Demonstrationsverbot in Sachsen-Anhalt
--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-17/041.php>

17.08.2007 **URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1192685**
Neonazis disponieren um

Nach dem Verbot ihrer zentralen Kundgebung zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel planen Neonazis andernorts Ersatz-Demonstrationen. Die meisten werden getarnt angemeldet.

17.08.2007 www.tagesschau.de

* [Rechtsweg: Neonazis dürfen demonstrieren](#)

Aufmarsch der NPD: Heute dürfen die Rechtsextremen auf dem **Münchener Stachus** demonstrieren, morgen in Gräfenberg. Auflage: Der Name des Kriegsverbrechers Heß darf nicht fallen. [br]

17.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/npd-graswurzel?from=24hNL>

+++ NPD: Graswurzelfaschisten +++

Die NPD gibt sich sozial und glaubt, in der Gesellschaft angekommen zu sein – aber das stimmt nicht. Von Armin Lehmann

18.08.2007 **Verbote aufgehoben**

Gerichte machen Neonazis die Straßen frei. Heß-»Gedenken« in Wunsiedel bleibt zwar untersagt, dafür wurden alle Ersatzveranstaltungen erlaubt. Antifaschisten mobilisieren nach Jena von Ole Schneider

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-18/040.php>

18.08.2007 www.tagesschau.de

* [NPD plant offenbar Schulungszentrum in Anklam](#)

Die NPD hat in der Stadtmitte von Anklam eine ehemalige Kaufhalle erworben. Beobachter vermuten, das die rechtsextreme Partei die 500 Quadratmeter große Immobilie in Mecklenburg-Vorpommern zu einem Schulungszentrum ausbauen will. [mehr]

- [Zahl der rechtsextremen Zentren steigt weiter an](#)

18.08.2007 www.tagesschau.de

* [Wunsiedel: Zeichen gegen Rechtsextremismus](#)

Mit einem Friedensgottesdienst hat im oberfränkischen Wunsiedel der "Tag der Demokratie" begonnen. Damit wollen Bürgerinitiativen, Vereine und Verbände ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. In der Stadt war ein NPD-Aufmarsch zum 20. Todestag von Hitler-Stellvertreter Heß verboten worden. [mehr]

18.08.2007 www.mdr.de

Proteste gegen Neonazi-Aufmarsch in Jena

Jena: Rund 1.000 Menschen haben gegen einen Aufmarsch der rechtsextremen NPD protestiert. Zu der Kundgebung hatte ein Bündnis von Parteien, Kirchen und Initiativen aufgerufen. Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort, um Zusammenstöße zu verhindern. Nach ihren Angaben blieb es weitgehend friedlich. Drei Rechtsextreme und 19 Gegendemonstranten seien aber vorläufig festgenommen worden. Dem Aufruf der NPD waren rund 300 Anhänger gefolgt. Die Stadt wollte den Aufmarsch eigentlich verbieten. Das Verwaltungsgericht Gera ließ ihn aber zu. - Bereits gestern Abend hatten sich in Altenburg rund 180 Neonazis versammelt. Sie zogen weitgehend ungehindert durch das Zentrum der Thüringer Stadt. Anlass für die NPD-Kundgebungen ist der 20. Todestag des Hitler-Stellvertreters Heß.

19.08.2007 www.spiegel-online.de

REVIERDERBY - [Asamoah erhebt Rassismus- Vorwürfe gegen Dortmunds Torhüter](#)

Schwere Vorwürfe gegen Roman Weidenfeller. Schalkes Nationalspieler Gerald Asamoah behauptet, der Dortmunder Torhüter habe ihn während des Revierderbys rassistisch beleidigt. Der Beschuldigte dementiert.

19.08.2007 www.tagesschau.de

* [Protest gegen NPD-Kundgebung: "Wir brauchen keine Rattenfänger"](#)

Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen in Wunsiedel sind der NPD verboten worden, nicht aber eine Kundgebung in Gräfenberg. Hunderte demonstrierten an beiden Orten gegen die NPD. [br]

20.08.2007 **»Gräfenberg hat Gesicht gezeigt«**

Ein NPD-Verbot könnte die Nerven der Bürger und Geschäftsleute der fränkischen Kleinstadt erheblich schonen. Ein Gespräch mit Werner Wolf von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-20/047.php>

20.08.2007 **»Wir bleiben hier«**

NPD-Aufmarsch in Gräfenberg von Anwohnern gestoppt, in Jena von Polizei und Justiz durchgesetzt. Heß-»Gedenken« in Wunsiedel blieb verboten von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-20/042.php>

20.08.2007 **Protest gegen Handel mit Siedlerprodukten. Antideutsche verhöhn deutsche Juden**
von Nick Brauns --> <http://www.jungewelt.de/2007/08-20/034.php>

20.08.2007 »Neonazis erstellen regelrechte Steckbriefe« Amtsgericht Düsseldorf sprach Antifaschisten vom Vorwurf des Verstoßes gegen das Vermummungsverbot frei. Gespräch mit Johannes Pausch von Jörn Boewe --> <http://www.jungewelt.de/2007/08-20/021.php>

20.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1194089
Oslo: Rassisten im Rettungswagen

Sanitäter in Oslo ließen einen schwer verletzten Afrikaner liegen und lösten damit eine Debatte über Diskriminierung aus.

20.08.2007 www.mdr.de
Hetzjagd auf Inder in Mügeln

Mügeln: Rund 50 Jugendliche haben beim Stadtfest eine regelrechte Hetzjagd auf indische Besucher veranstaltet. Wie die Polizei mitteilte, wurden 14 Menschen verletzt, darunter acht Inder. Zwei Menschen mussten im Krankenhaus behandelt werden. Nach Angaben der Polizei war es kurz nach Mitternacht in einem Festzelt zu einem Streit gekommen. Die Inder seien daraufhin in eine Pizzeria geflüchtet. Dort habe es weitere Auseinandersetzungen gegeben. Rund 70 Polizei-Beamte drängten die Angreifer schließlich ab. Mehrere Schaulustige sollen den Vorfall verfolgt haben.

20.08.2007 www.dradio.de
Angriff auf Inder in Sachsen hatte vermutlich fremdenfeindlichen Hintergrund - Ein Verletzter noch im Krankenhaus

Der Angriff auf eine Gruppe Inder beim Stadtfest im sächsischen Mügeln hatte nach Polizeiangaben möglicherweise einen rassistischen Hintergrund. Zeugen hätten berichtet, dass die etwa 50 deutschen Verfolger ausländerfeindliche Parolen gerufen hätten, sagte eine Sprecherin der Polizeidirektion Westsachsen. Eine Ermittlungsgruppe versuche derzeit, den genauen Hergang der Tat in der Nacht zum Sonntag zu rekonstruieren. Bei dem Stadtfest hatte eine Gruppe Deutscher die Inder bis in eine Pizzeria verfolgt. Einer der Inder liegt noch im Krankenhaus.

20.08.2007 www.tagesschau.de
* **[50 Deutsche hetzen acht Inder durch Mügeln](#)**

50 Deutsche haben im sächsischen Mügeln acht Inder durch die Stadt gejagt und attackiert. Einer der Verfolgten sei schwer verletzt worden, die anderen sieben leicht, teilte die Polizei mit. Es habe "eine ganze Zahl" Schaulustiger gegeben. [\[mehr\]](#)

- [324 verletzte Opfer rechter Gewalt bis Juni 2007](#)
- ["Alle Fremden sollen vertrieben werden" \(26.05.06\)](#)

20.08.2007 www.tagesschau.de
* **[Holocaust-Überlebende erhalten mehr Geld](#)**

Die israelische Regierung und Verbände der Holocaust-Überlebenden haben sich auf eine höhere finanzielle Unterstützung für ehemalige Insassen der NS-Vernichtungslager geeinigt. Deutschland soll die zusätzlichen Kosten übernehmen. [\[mehr\]](#)

- ["Geld kann nicht wirklich entschädigen" \(12.06.07\)](#)
- [Auschwitz: Das präzedenzlose Verbrechen](#)

20.08.2007 www.tagesschau.de
* **[Asamoah wirft BVB-Keeper Rassismus vor](#)**

Beim Derby zwischen dem FC Schalke 04 und Borussia Dortmund sind die befürchteten Zusammenstöße zwischen den Fans ausgeblieben. Dafür gibt es jetzt Rassismuskorrekturen: Gerald Asamoah beschuldigte BVB-Torwart Roman Weidenfeller, ihn rassistisch beleidigt zu haben. [\[mehr\]](#)

20.08.2007 www.spiegel-online.de
NEONAZIS IN MÜGELN - [Polizei war vor Hetzjagd auf Inder gewarnt](#)

Die Behörden in Mügeln hatten Hinweise, dass Neonazis das Volksfest besuchen wollten. In der Nacht zu Sonntag waren acht Inder von Deutschen durch den sächsischen Ort gejagt und verprügelt worden. Bürgermeister Deuse bestreitet, dass es in dem Städtchen rechtsradikale Gruppen gibt. [mehr...](#)

20.08.2007 www.stern.de
Hetzjagd auf Inder in Mügeln - [Rechte Parolen und eine zögerliche Polizei](#)

Es war ein friedliches Stadtfest. Dann skandierten die Täter ausländerfeindliche Parolen. Sie hetzten indische Besucher, veranstalteten eine regelrechte Treibjagd - und verletzten acht der Gäste. Jetzt steht der kleine sächsische Ort im Ruch, eine Bühne für Rechtsradikale zu bieten. [mehr...](#)

- > [Fotostrecke: Hetzjagd auf Inder](#)
- > [Rechtsextremismus: Sisyphos am braunen Berg](#)

20.08.2007 www.mdr.de

Ermittlungen nach Ausländerhatz in Mügeln

Mügeln: Nach dem offenkundig ausländerfeindlichen Überfall beim Stadtfest in Mügeln sucht die Polizei weitere Zeugen. Zwei Tatverdächtige wurden aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen. Die Ermittler bestätigten inzwischen, dass bei dem Angriff auf acht Inder ausländerfeindliche Parolen gerufen wurden. Mügelns Bürgermeister Deuse geht von zugereisten Neonazis aus. Bei MDR INFO sagte Deuse, in Mügeln gebe es eigentlich keine Rechtsextremen. Die Täter müssten aus Nachbarorten kommen.

20.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/hetzjagd-sachsen?from=24hNL>

+++ Extremismus: Über den Marktplatz gehetzt +++

Dutzende deutsche Jugendliche haben in Sachsen acht Inder durch die Straßen getrieben. Politiker zeigen sich überrascht, bisher sei es in Mügeln ruhig gewesen.

20.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: zu Ausländerjagd in Mügeln

Halle (ots) - Mögen Ursachen und Hergang der Ausschreitungen noch klärungsbedürftig sein, nach den Attacken auf eine Gruppe von Indern und entsprechenden Rufen scheint doch festzustehen, dass es hier einen latent ausländerfeindlichen Hintergrund gibt. Wie benebelt vom Alkohol die Köpfe der Angreifer auch gewesen sein mögen. Nun aber kommt nicht die Stunde der Aufklärung, sondern die der ratlos rotierenden Reflexe. Die Polizei sieht keine Anhaltspunkte für einen rechtsradikalen Hintergrund, der Bürgermeister ist betroffen und beteuert, dass es keine Neonazi-Szene in seinem Ort gibt. Und mancher wird deshalb sein Bild vom Osten als Hort rechter Gewalt einmal mehr bestätigt sehen. Viel interessanter wäre zu diskutieren, wie selbstverständlich die neuen Braunen schon in der Mitte der Gesellschaft siedeln.

21.08.2007 **Hetzjagd verharmlost** von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-21/044.php>

21.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1194730
Kolumne: Meinungsfreiheit für Skinheads?

Gegen verbrecherische Meinungen helfen nur Argumente. Auch die deutsche Demokratie muss das aushalten.

21.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/?em_cnt=1194708
Fremdenfeindlichkeit: Der erste Akt eines Pogroms

Sonntagnacht beim Altstadtfest im sächsischen Mügeln fand der erste Akt eines Pogroms statt. Alles hängt davon ab, dass das Stück abgesetzt wird. *Von Arno Widmann*

21.08.2007 www.mdr.de

Debatte um Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Berlin: Die Hetzjagd auf acht Inder im sächsischen Mügeln hat die Debatte um die Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland neu entfacht. Bundestagsvizepräsident Thierse sagte, der Rechtsextremismus habe im Osten einen besonderen gewalttätigen Akzent. Da gebe es nichts zu beschönigen. Thierse warnte zugleich davor, dass Vorfälle wie in Mügeln dem Standort Deutschland schädigten. Der Chef des Bundestagsinnenausschusses Edathy verwies darauf, dass sich die rechte Szene zunehmend radikalisiere. Nach seiner Ansicht ist Lage derzeit nicht besser als vor einem Jahr, als WM-Touristen vor Reisen nach Ostdeutschland gewarnt wurden. Am Wochenende hatten in Mügeln etwa 50 Jugendliche acht Inder durch die Stadt gejagt und verprügelt.

21.08.2007 http://www.dradio.de/df/sendungen/interview_dlf/660307/

Deutschlandfunk, Interview - Amadeu-Antonio-Stiftung sieht rechtsextremen Hintergrund bei Mügeln-Vorfall Anetta Kahane: Viele Ostdeutsche lehnen Demokratie ab

Die Hetzjagd auf mehrere Inder im sächsischen Mügeln ist nach Einschätzung der Vorsitzenden der Amadeu-Antonio-Stiftung gegen Rechtsextremismus, Anetta Kahane, fremdenfeindlich motiviert gewesen. Es gebe eindeutig einen rassistischen Hintergrund, sagte sie. Kahane sprach von einem Demokratiedefizit in Ostdeutschland, das für solche Ausschreitungen verantwortlich sei.

21.08.2007 www.spiegel-online.de

HETZJAGD IN MÜGELN - Polizeischutz für Herrn Singh

Die Hetzjagd auf acht Inder im sächsischen Mügeln hat die Debatte um die ausländerfeindliche Gewalt in Ostdeutschland neu entfacht. Der Zufluchtsort der verprügelten Männer - die Pizzeria Picobello - steht

vorsorglich unter Polizeischutz. Im Ort herrscht das große Schweigen. Von Philipp Wittrock, Mügeln [mehr...](#)
[[Video](#) | [Forum](#)]

21.08.2007 Petra Pau: Bundesregierung hat keine adäquate Strategie gegen Rechtsextremismus

Berlin (ots) - Nach der Hetzjagd von etwa 50 Leuten auf acht Inder im sächsischen Mügeln erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss:

Wieder einmal gab es eine rechtsextremistische Gewalt-Orgie. Und wieder einmal mischen sich Aufregung und Abwieglung.

Die einen warnen vor dem gefährlichen Osten oder vor Imageschäden. Andere versuchen filigran zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu unterscheiden. Es ist stets dasselbe Spiel.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ein bundesweites Problem mit besonders gewaltbereiter Ausprägung in einigen ostdeutschen Regionen. Das ist seit langem belegt.

Trotzdem gibt es keine adäquate und ressortübergreifende Strategie, die Sachverstand bündelt und auf die Stärkung der Zivilgesellschaft zielt.

Im Gegenteil:

Durch das aktuelle Programm der großen Koalition wurde sogar bewährten Initiativen für Demokratie und Toleranz der Boden entzogen, auch in Sachsen.

Außerdem gilt:

Ohne klare Analyse kann es keine tragfähigen Programme geben. Deshalb fordert DIE LINKE für die Bundesrepublik Deutschland eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild.

Pressekontakt: DIE LINKE. Fraktion im Bundestag Hendrik Thalheim
Tel.: 030/22752800 Mobil: 0172/3914261 Mail: pressesprecher@linksfraktion.de

21.08.2007 Der Tagesspiegel:

Indische Botschaft "sehr besorgt" wegen der Angriffe auf Inder in Sachsen

Berlin (ots) - Die indische Botschafterin in Berlin, Meera Shankar, sagte am Dienstag dem Tagesspiegel, sie sei "sehr besorgt" wegen der Hetzjagd auf mehrere Inder im sächsischen in Mügeln. Die Botschaft wollte noch am selben Tag einen Mitarbeiter nach Sachsen schicken, um mit den betroffenen Indern sowie den zuständigen sächsischen Behörden zu sprechen. Außerdem werde man sich mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium in Verbindung setzen, sagte Shankar. Von den Behörden erwartet sie eine vollständige Aufklärung des Vorfalles. "Es muss sichergestellt werden, dass sich so ein Ereignis nicht wiederholt", so die Botschafterin. Dies sei im Interesse der deutsch-indischen Beziehungen. Auch in der Wirtschaft und beim Handel sei Vertrauen eine wichtige Voraussetzung.

Pressekontakt: Der Tagesspiegel Chef vom Dienst Thomas Wurster
Telefon: 030-260 09-308 Fax: 030-260 09-622 cvd@tagesspiegel.de

21.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Hetzjagd auf Inder in Mügeln / Uwe-Karsen Heye bekräftigt Warnung vor bestimmten Gebieten in Ostdeutschland

Halle (ots) - Der Vorsitzende des Vereins "Gesicht zeigen!", Uwe-Karsten Heye, sieht sich in seiner Warnung, Ausländer sollten bestimmte Regionen vor allem in Ostdeutschland meiden, bestätigt. "Ich habe schon vor einem Jahr warnend darauf hingewiesen, dass es Regionen in Deutschland gibt, im Besonderen in den neuen Länder, in die man sich mit dunkler Hautfarbe besser nicht hinbewegt, weil die Gefährdung sehr groß ist", sagte er der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" (Mittwoch-Ausgabe) mit Blick auf die Ereignisse im sächsischen Mügeln. "Es hat sich nichts verändert; das Ritual ist das Gleiche geblieben. Der Bürgermeister teilt mit, dass nicht sein kann, was nicht sein darf und sagt: 'Ich kenne keinen Rechtsradikalen in meiner kleinen Stadt. Hier kennt doch jeder jeden.' Diese Haltung hinterlässt genau jenes Vakuum, das dann von anderen gefüllt wird. Dies ist wieder ein Beispiel dafür, dass in einer kleinen Stadt eher weggeguckt und verdrängt wird, als zu akzeptieren: 'Wir haben ein Problem und wir müssen damit umgehen. Dieses Problem liegt unter anderem im rechtsextremistischen Bereich. 'Das führt in ländlichen Räumen wie Vorpommern auch dazu, dass die NPD sieben bis acht Prozent und an manchen Orten über 20 oder 30 Prozent bekommt.'" Heye warnte jedoch davor, den Rechtsextremismus als bloßes Ostproblem zu betrachten: "Es hat gar keinen Sinn, den Eindruck zu erwecken, dies sei ein vornehmlich ostdeutsches Problem. Da zeigt es sich besonders aggressiv und gewalttätig. Aber wir haben ein rechtsextremistisches Potenzial in ganz Deutschland. Die NPD ist keine ostdeutsche Partei; das ist eine aus dem Westen. Bei der DVU ist es genau das Gleiche. Es wäre völlig einseitig zu sagen: 'Das ist alles ein Ossi-Problem'. Nein, das ist ein deutsches Problem. Wir werden dem nicht entgegentreten können, wenn wir die falsche Analyse haben."

Pressekontakt: Rückfragen bitte an:
Mitteldeutsche Zeitung Chefredaktion Tel.: 0345/565-4300

21.08.2007 www.stern.de

Nach Angriffen auf Inder - [Debatte um Zivilcourage im Osten](#)

Ist der Osten für Fremde eine No-Go-Zone, in der sie stets damit rechnen müssen, dass ein rechter Mob Leib und Leben gefährdet - und in der es an Zivilcourage fehlt? Die Mügeln Übergriffe auf Inder haben eine Debatte über den Kampf gegen Rechtsextremismus entfacht - ein SPD-Politiker hat Vorwürfe gegen ostdeutsche Gemeinden erhoben. [mehr...](#)

> [Fotostrecke: Hetzjagd auf Inder](#)

> [Hetzjagd auf Inder: "Kein überraschendes Ereignis"](#)

21.08.2007 Schweiz - Neue Zürcher Zeitung

Roman Bucheli über die deutsche Bekenntnissucht

Roman Bucheli beobachtet, dass sich deutsche Intellektuelle in letzter Zeit verstärkt zu Versäumnissen oder Fehlverhalten in ihrer Vergangenheit bekennen. Manche scheinen sich "mit ihren Bekenntnissen übertrumpfen zu wollen. Vor Jahresfrist erleichterte Günter Grass öffentlich sein Gewissen mit dem Geständnis, er sei Mitglied der Waffen-SS gewesen. Jetzt, fast auf den Tag genau ein Jahr später, wirft sich der Publizist Fritz J. Raddatz in der jüngsten Ausgabe der Wochenzeitung 'Die Zeit' in die Pose der [Selbstanklage](#) ... Zwar schreibt nun Raddatz gleich mehrmals, er wolle von sich erzählen, es gehe um ihn und nicht die anderen, und er schreibt das Wort ICH gar in Versalien, um zu verdeutlichen, was er meint. Und redet dann doch nur immer wieder von den anderen [DDR-Intellektuellen], die aus Angst oder einschlägiger Erfahrung geschwiegen haben: Anna Seghers, Helene Weigel, Erich Arendt, Alfred Kantorowicz... So sehen wir hier, was wir vor Jahresfrist schon bei Grass zu beobachten glaubten: Der Finger, mit dem bekenntnishaft auf sich selbst gezeigt werden soll, geht haarscharf an der eigenen Person vorbei und richtet sich auf andere. Denn die neue Bekenntnislust hat dann doch ihre Grenzen." (21.08.2007)

21.08.2007 Rumänien - Cotidianul

Das Schicksal der rumänischen Roma-Kinder

Bei einem Brand in einem Lager nahe der italienischen Ortschaft Livorno sind am 11. August vier Roma-Kinder rumänischer Herkunft umgekommen. In der rumänischen Presse wird Brandstiftung durch Extremisten als Ursache für das Feuer vermutet. Corina Dragotescu kommentiert: "Dass die Roma zuallererst ein rumänisches Exportprodukt sind, ist eine allbekannte Sache. Doch die Schuldigen des dramatischen Brandes in Italien sind nicht nur die extremistischen Gruppen, die solch einen Anschlag verantworten. Es sind auch die Eltern der toten Kinder und die rumänischen Behörden. Italien ist voll von rumänischen Zigeunern, die betteln: nicht nur Erwachsene, auch Kinder werden von ihren Eltern dazu gezwungen... Während der Westen bislang viel Geld und viele Jahre in Sozialprogramme investiert hat, um die erwähnten Phänomene abzubauen, haben die rumänischen Behörden all die Jahre nutzlos in der Gegend umhergeschaut." (21.08.2007)

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, rumänisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [Politik](#), » [Gesellschaft](#), » [Italien](#), » [Rumänien](#)

Alle verfügbaren Texte von » [Corina Dragotescu](#)

21.08.2007 www.mdr.de

Mügeln- [Debatte über Fremdenfeindlichkeit im Osten](#)

Nach der Hetzjagd auf acht Inder im sächsischen Mügeln ist die Debatte um Rechtsextremismus in Ostdeutschland erneut voll entbrannt. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sagte der "Berliner Zeitung", Rechtsextremismus sei zwar ein gesamtdeutsches Problem, habe aber im Osten einen "besonderen gewalttätigen Akzent". [zum Artikel bei MDR.DE](#)

21.08.2007 Rheinische Post

[Rheinische Post: Der Mob und das Dorf Mügeln](#)

Düsseldorf (ots) - Von Reinhold Michels Der Nationalökonom und Sozialphilosoph Wilhelm Röpke hat nach einem Kinobesuch einmal angewidert gesagt: "Wir waren verurteilt, einem frivolen Lustmord am guten Geschmack beizuwohnen." Das, was sich jetzt in dem sächsischen Dorf Mügeln zugetragen hat, war keine filmische ...

21.08.2007 Leipziger Volkszeitung

[LVZ: Ministerpräsident Böhmer: Im Osten herrscht eine fremdenunfreundliche Grundstimmung](#)

Leipzig (ots) - Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) hat vor einer Unterschätzung der rechtsradikalen Umtriebe in Ostdeutschland gewarnt. In einem Interview mit der "Leipziger Volkszeitung" (Mittwoch-Ausgabe) meinte Böhmer angesichts der Gewaltexzesse gegen Ausländer im sächsischen Mügeln, er ...

21.08.2007 [Lausitzer Rundschau: Hetzjagd auf Inder im sächsischen Mügeln Anlass und Gelegenheit](#)

Cottbus (ots) - Was genau am Samstagabend im sächsischen Mügeln passiert ist, muss erst noch ermittelt werden. Die Polizei jedenfalls hat sich bisher im Umgang mit dem Vorfall, bei dem am Rande eines

Volksfestes 14 Menschen verletzt wurden, nicht mit Ruhm bekleckert. Zum einen verwundert, dass sie sich mit der ...

21.08.2007 [Westfalenpost: Menschenjagd](#)

Hagen (ots) - Rassistische Ausschreitungen in Mügeln Von Eberhard Einhoff Muss die Vorstellung, dass äußere Merkmale im Zusammenleben von Menschen irgendwann einmal keine Rolle mehr spielen, nichts als eine Illusion naiv Gutmeinender bleiben? Ein ekelhafter Vorfall wie der in Mügeln legt das nahe. Die Hetzjagd ...

21.08.2007 [Mitteldeutsche Zeitung: zu Ausländerjagd in Mügeln](#)

Halle (ots) - Mögen Ursachen und Hergang der Ausschreitungen noch klärungsbedürftig sein, nach den Attacken auf eine Gruppe von Indern und entsprechenden Rufen scheint doch festzustehen, dass es hier einen latent ausländerfeindlichen Hintergrund gibt. Wie benebelt vom Alkohol die Köpfe der Angreifer auch gewesen ...

21-08-2007 [Ostsee-Zeitung: Ostsee-Zeitung \(Rostock\) zu Rassismus/Deutschland](#)

Rostock (ots) - Die feige wie brutale Treibjagd bei einem sächsischen Altstadtfest sollte man keinesfalls als Folge einer eskalierten Kirmes-Keilerei verharmlosen. In Mügeln fielen "Ausländer raus!"- und andere rechtsradikale Parolen. Hier war eine Horde Neonazis samt Sympathisanten auf Fremdenhatz. Hier gab es ...

21.08.2007 www.mdr.de

Indische Botschafterin fordert Aufklärung der Vorfälle in Mügeln

Berlin: Nach den Vorfällen beim Stadtfest von Mügeln hat sich die indische Botschafterin in Deutschland, Shankar, besorgt geäußert. Von den zuständigen Behörden forderte sie eine vollständige Aufklärung des Geschehens. Aufbau-Ost-Minister Tiefensee sagte, bei der Aufklärung der Hetzjagd auf acht Inder müsse alles vermieden werden, was den Eindruck einer Verniedlichung erwecke. - Am Wochenende hatten im sächsischen Mügeln etwa 50 Jugendliche acht Inder durch die Stadt gejagt und verprügelt.

21.08.2007 **Der Tagesspiegel: "Die Politik allein kann es nicht richten" - Der Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Uni Bielefeld, über ausländerfeindliche Übergriffe in Ostdeutschland**

Berlin (ots) - Berlin - Der Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, **Professor Wilhelm Heitmeyer**, hat im Interview mit dem Tagesspiegel davor gewarnt, den Vorfall in Mügeln allein auf die Frage nach einem rechtsextremen Hintergrund zu verengen. "Womit wir es hier zu tun haben, ist schwieriger einzuordnen. In bestimmten Landstrichen im Osten wandern besonders die leistungsfähigen jungen Leute ab. Dadurch werden die sozialen Gruppen immer homogener - ebenso wie die Einstellungen. In diesen Gebieten ist eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Abwertung von schwachen Gruppen wie Ausländern, Homosexuellen oder Juden, deutlich stärker vertreten als anderswo. Hinzu kommt, dass Gewalt häufig aus homogenen Gruppen heraus entsteht", sagte Heitmeyer dem Tagesspiegel. Dieses Phänomen der Desintegration gebe es in allen Regionen, die von Abwanderung und Abstieg gekennzeichnet seien - also auch im Westen. "Wo die Zugänge zum Arbeitsmarkt versperrt sind, fehlen den Menschen Anerkennungsmöglichkeiten. Umso wichtiger wird die Anerkennung in der Gruppe." Heitmeyer warf der Politik Ignoranz vor, forderte gleichzeitig aber auch ein stärkeres gesellschaftliches Engagement.

"Für die Substanz der Demokratie sind nicht nur die Politiker zuständig. Man muss besonders die lokalen Eliten ansprechen. Sie müssen aufstehen und auf eine Veränderung des Klimas hinwirken", sagte er. Weiter sagte er, man dürfe nicht nur auf die meist jungen Gewalttäter schauen, die Älteren seien ebenfalls Teil des Problems. "Die Jugend bringt die Gewalt ins Spiel und dann wird die Gesellschaft nervös. Aber die Älteren liefern die Legitimation, indemsie nicht eingreifen und Einstellungen weitergeben."

Pressekontakt:

Der Tagesspiegel

Chef vom Dienst Thomas Wurster

Telefon: 030-260 09-308

Fax: 030-260 09-622

cvd@tagesspiegel.de

21.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/muegeln-reportage?from=24hNL>

+++ Mügeln: Ganz normale Gewalt +++

Die Hetzjagd von Mügeln war eine Festzeltschlägerei – und ein erschreckendes Zeichen, wie sehr Aggression gegen Fremde in Deutschland Alltag geworden ist. Eine Reportage Von Kai Biermann

21.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/presseschau-sachsen?from=24hNL>

+++ Gewalt: Keine Volksfestschlägerei +++

War die Hetzjagd auf acht Inder im sächsischen Mügeln eine ausländerfeindliche Randale? Die Reaktionen in Zeitungen sind da sehr einmütig. Eine Presseschau Von Wiebke Eden-Fleig

22.08.2007 Verbot wegen Bauarbeiten?

Antifaschistische Kundgebung mit Auschwitz-Überlebender vor dem Dortmunder Opernhaus nicht erwünscht von Markus Bernhardt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-22/056.php>

22.08.2007 Rechter Terror in Rußland

Neonazis stellen Enthauptungs- und Erschießungsszenen ins Netz. Ermittlungen gegen rechts auch wegen Anschlags auf Schnellzug von Moskau nach St. Petersburg von Tomasz Konicz

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-22/001.php>

21.08.2007 NPD will keine schwarzen Blöcke

Neofaschistische Partei hat Sorge vor Image als Bürgerschreck. Kritik an Militanz der Kameradschaftsszene von Kai Budler, Theo Schneider

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/08-22/003.php>

21.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: zu Rechtsextremismus im Osten

Halle (ots) - Der Osten ist kein Hort des Rechtsextremismus. Aber er hat ein ernstzunehmendes Problem mit den Rechten. Genau darin liegt der entscheidende Unterschied. Ein Unterschied, der sich aus der Kraft der Zivilgesellschaft speist, dem braunen Treiben die Stirn zu bieten. Dazu freilich muss die Gesellschaft die Probleme kennen und sie beim Namen nennen. Bagatellisieren ist genauso falsch wie Dramatisieren.

Pressekontakt: **Rückfragen bitte an:** **Mitteldeutsche Zeitung**
Torsten Kleditzsch **Chefredaktion** **Tel.: 0345/565-4300**

22.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1195445

Mügelin hat eine rechte Szene

Nach der Hetzjagd auf Inder gibt es Indizien für Verbindungen der Täter zur NPD.

22.08.2007 www.mdr.de

Debatte über Fremdenfeindlichkeit im Osten

Mügelin: Rund 200 Menschen haben in der sächsischen Kleinstadt gegen Fremdenfeindlichkeit demonstriert. Die Behörden hatten die spontane Demonstration der linken Szene kurzfristig genehmigt. Anlass war die Auseinandersetzung zwischen bis zu 50 deutschen Jugendlichen und acht Indern am Wochenende. Der sächsische Ministerpräsident Milbradt warnte am Abend erneut vor Vorverurteilungen. Um die Hintergründe der Tat beurteilen zu können, müsse man die Ergebnisse der Ermittlungen abwarten. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Böhmer beklagte, im Osten herrsche eine fremden-unfreundliche Grundstimmung.

22.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/muegeln-reportage?from=24hNL>

+++ Reportage: Ganz normale Gewalt +++

Die Hetzjagd von Mügelin war eine Festzeltschlägerei – und ein erschreckendes Zeichen, wie sehr Aggression gegen Fremde in Deutschland Alltag geworden ist. Eine Reportage Von Kai Biermann

22.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/muegeln-mittwoch?from=24hNL>

+++ Mügelin: Bundesregierung in der Kritik +++

Nach der Hetzjagd auf Inder in Mügelin fordern nun Politiker strengere Maßnahmen gegen rechte Gewalt

22.08.2007 www.dradio.de

Nach Mügelin; Althaus widerspricht der These eines fremdenfeindlichen Ostens

Thüringens Ministerpräsident Althaus hat der These widersprochen, der Osten sei rechtsradikaler als der Westen. Aufgrund der langen Abschottung bis 1989 habe es in den neuen Ländern sicher weniger Kontakte zu Ausländern gegeben, sagte der CDU-Politiker der "Leipziger Volkszeitung". Aber die Grundeinstellung der Menschen sei genauso weltoffen und tolerant wie die der Westdeutschen. Gegenüber rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Bestrebungen dürfe es keine Toleranz geben, betonte der CDU-Politiker. Nach dem Übergriff auf eine Gruppe Inder im sächsischen Mügelin hatte unter anderem der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Böhmer, erklärt, es gebe im Osten eine fremden-unfreundliche Stimmung. Der Zentralrat der Juden in Deutschland warnte vor No-Go-Areas in den neuen Ländern.

22.08.2007 <http://www.dradio.de/aktuell/660766/>

Zentralrat warnt vor "No-Go-Areas" - Nach dem Überfall auf Inder in Sachsen

Nach der Hetzjagd auf acht Inder im sächsischen Mügelin ist erneut eine Debatte um die Bekämpfung des Rechtsextremismus entbrannt. Der Zentralrat der Juden warf der Bundesregierung Versagen vor und sprach von sogenannten No-Go-Areas in Ostdeutschland. Der sächsische Ministerpräsident hingegen warnte vor Vorverurteilungen und bezeichnete Sachsen als "weltoffenes Land".

22.08.2007 http://www.dradio.de/df/sendungen/interview_dlf/660851/
Deutschlandfunk, Interview - CDU-Politiker: Rechtsextremismus kein ostdeutsches Problem
Eggert mahnt mehr Zivilcourage an

Der sächsische CDU-Politiker Heinz Eggert hat nach dem ausländerfeindlichen Übergriff von Mügeln mehr Zivilcourage gegen Rechtsextremismus gefordert. Die Politik werde ohne einen breiten Schulterschluss mit der Bevölkerung keinen Erfolg im Kampf gegen Rechts haben, sagte Eggert. Der CDU-Politiker wehrte sich unterdessen gegen die Vorstellung, Rechtsextremismus sei ein generelles Problem in Ostdeutschland.

22.08.2007 <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/660810/>
Deutschlandradio Kultur, Interview -

Heye: Rechtsextremismus wird verniedlicht Kampf gegen Rechts als nationale Aufgabe

Uwe-Karsten Heye hat den ostdeutschen Bundesländern vorgeworfen, nicht angemessen auf das Phänomen des wachsenden Rechtsextremismus zu reagieren. Dieser dürfe nicht länger verniedlicht und bagatellisiert werden, sagte der Vorsitzende des Vereins "Gesicht zeigen - Aktion weltoffenes Deutschland".

22.08.2007 www.tagesschau.de
* **Zentralrat sieht "No-Go-Areas" im Osten**

Nach der Hetzjagd in Mügeln hat der Zentralrat der Juden in Deutschland den Parteien Versagen im Kampf gegen Fremdenhass vorgeworfen. Die Existenz von "No-Go-Areas" für Ausländer im Osten sei eine "bittere Tatsache". Die Kommunen wiesen Vorwürfe zurück, sie seien untätig gegen rechte Gewalt. [[mehr](#)]

- [Heye fordert "Demokratiegipfel"](#)
- [Forum: Härtere Strafen für rechte Gewalttäter?](#)
- [Video: Ermittlungen in Mügeln nach Übergriff](#)
- [Video: Antifa demonstriert in Mügeln](#)
- [Audio: Debatte über Rechtsextremismus in Ostdeutschland](#)

22.08.2007 www.tagesschau.de
* **Rechtsextremismus: "Kommunen müssen tätig werden"**

"Die Kommunen müssen gegen den Rechtsextremismus endlich selbst tätig werden", so der Experte Bernd Wagner im Interview mit tagesschau.de. Aber auch die Bundespolitik verstärke durch ihre Rhetorik bisweilen die völkische Ideologie. Außerdem kritisierte Wagner die Rolle der Medien. [[mehr](#)]

- [324 verletzte Opfer rechter Gewalt bis Juni 2007](#)
- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)

22.08.2007 www.spiegel-online.de
ROSTOCK- LICHTENHAGEN - Als der Mob die Herrschaft übernahm

Der Plattenbau brannte, die Masse johlte, Besoffene hoben die Hand zum Hitlergruß: Ende August 1992 eskalierte im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen der Fremdenhass, Ausländer bangten um ihr Leben. 15 Jahre danach ist nichts vergessen - und doch vieles beim Alten. Von Julia Jüttner [mehr...](#) [[Video](#) | [Forum](#)]

22.08.2007 www.stern.de
Rechtsradikalismus - Zentralrat warnt vor "No-Go-Areas"

Der Zentralrat der Juden hat die Diskussion um so genannte "No-Go-Areas" wieder neu entflammt. Ausländer müssten vor bestimmten Orten im Osten gewarnt werden. Der Bundesregierung warf Zentralrats-Generalsekretär Kramer Versagen vor. [mehr...](#)

> [Fotostrecke: Hetzjagd auf Inder](#)

> [Hetzjagd auf Inder: "Dieser Gewaltexzess ist unerträglich"](#)

22.08.2007 **Petra Pau: Bundesbeauftragte und unabhängige Beobachtungsstelle gefordert**

Berlin (ots) - Nach der Menschen-Hatz im sächsischen Mügeln hat der Zentralrat der Juden der Bundesregierung eine fehlende Strategie gegen Rechtsextremismus vorgeworfen und vorgeschlagen, die Zuständigkeit vom Familien- zum Innenministerium zu verlagern. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

Die Kritik des Zentralrates der Juden teile ich, seinen Strukturvorschlag aber auf keinen Fall.

Es gehört gerade zu den strategischen Fehlleistungen, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus abwechselnd als Jugend-, Ost- oder Randphänomen betrachtet und vorwiegend als innen- oder rechtspolitisches Problem behandelt wird.

Sinnvoll indes könnte eine Bundesbeauftragte für Demokratie und Toleranz sein, die im Bundeskanzleramt angesiedelt wird und ressortübergreifend den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus koordiniert.

Zugleich brauchen wir für die Bundesrepublik Deutschland endlich eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild.

Ohne stimmige Analysen gibt es keine tragfähigen Strategien und ohne die Zivilgesellschaft keine Erfolge gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Pressekontakt:

DIE LINKE. Fraktion im Bundestag

Hendrik Thalheim

Tel.: 030/22752800

Mobil: 0172/3914261

Mail: pressesprecher@linksfraktion.de

22.08.2007 [Lausitzer Rundschau: Debatte über Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland Eine Selbstverständlichkeit](#)

Cottbus (ots) - In Ostdeutschland gebe es viele Wähler, die für extremistische Parteien mit ihren dumpfen Parolen mobilisierbar seien, erklärt der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU). Man müsse wohl feststellen, dass im Osten, zumindest bei einem Teil der Bevölkerung, eine fremdenunfreundliche ...

22.08.2007 [Mitteldeutsche Zeitung: zu Rechtsextremismus im Osten](#)

Halle (ots) - Der Osten ist kein Hort des Rechtsextremismus. Aber er hat ein ernstzunehmendes Problem mit den Rechten. Genau darin liegt der entscheidende Unterschied. Ein Unterschied, der sich aus der Kraft der Zivilgesellschaft speist, dem braunen Treiben die Stirn zu bieten. Dazu freilich muss die Gesellschaft ...

22.08.2007 [Südwest Presse: Kommentar zum Thema "Fremdenfeindlichkeit"](#)

Ulm (ots) - Es gibt zu wenige Politiker in Ostdeutschland, die nicht um den heißen Brei herumreden: Ja, in den neuen Ländern ist das Leben für Ausländer mit einem höheren Risiko behaftet als anderswo. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) ist mutig genug, diese bittere Wahrheit auszusprechen und ...

22.08.2007 [LVZ: Althaus: Der Ostdeutsche ist genauso weltoffen und tolerant wie der Westdeutsche / CDU-Politiker fordert Null Toleranz gegenüber Rechtradikalen](#)

Leipzig (ots) - Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) hat der These widersprochen, der Osten sei rechtsradikaler als der Westen Deutschlands. In einem Interview mit der "Leipziger Volkszeitung" (Donnerstag-Ausgabe) sagte Althaus vor dem Hintergrund der Ausländerjagd von Mügeln: "Wir haben in den neuen ...

22.08.2007 [LVZ: Leipziger Volkszeitung zu Hetzjagd in Mügeln](#)

Leipzig (ots) - Leitartikel Von Micha Schneider Pawlowsche Reflexeln Mügeln ist Schlimmes geschehen. Menschen hetzen Menschen durch die Straßen, prügeln, werfen mit Steinen. Es gibt Verletzte. Dies an sich würde keinesfalls den Rahmen des nationalen Interesses sprengen, wären nicht ausländische Mitbürger in die ...

22.08.2007 [Westfalen-Blatt: Das WESTFALEN-BLATT \(Bielefeld\) zu Mügeln](#)

Bielefeld (ots) - Nach dem Gewaltexzess von Mügeln ist die Bestürzung groß. Wieder einmal wurden dunkelhäutige Menschen zu Opfern, wieder einmal war der Tatort eine Kleinstadt im Osten Deutschlands. Und wieder einmal wird die Frage gestellt: Ist »der Osten« braun? Vorschnelle Pauschalurteile verbieten sich. Bislang ...

22.08.2007 [Kölner Stadt-Anzeiger: Jagd auf Ausländer in Mügeln beunruhigt indische Öffentlichkeit](#)

Köln (ots) - Die Jagd auf acht Inder im sächsischen Mügeln sorgt auch in Indien für Aufsehen. "Das wird hier sehr wohl wahrgenommen", sagte der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses und der deutsch-indischen Parlamentariergruppe, Sebastian Edathy (SPD), dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Mittwoch-Ausgabe). Edathy, ...

22.08.2007 [Beckstein kritisiert Behörden nach Hetzjagd in Mügeln](#)

München/Berlin (ots) - Zitate aus dem N24-Sommerinterview, das N24-Chefredakteur Peter Limbourg heute (Dienstag) um 18:15 Uhr LIVE auf N24 mit Günther Beckstein (CSU) geführt hat Nach den Angriffen auf Ausländer im sächsischen Mügeln hat Bayerns designierter Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) verstärkte ...

22.08.2007 [Saarbrücker Zeitung: Ausländische Firmen meiden Deutschland wegen rechter Gewalt noch nicht](#)

Saarbrücken (ots) - Ausländische Unternehmen lassen sich von der wachsenden rechtsextremen Gewalt in Deutschland bislang noch nicht abgeschrecken. Die Sprecherin der Bundesagentur "Invest in Germany", Eva Henkel, sagte der "Saarbrücker Zeitung" (Mittwochausgabe): "Uns ist kein Fall bekannt, in dem sich ein Investor ...

22.08.2007 www.mdr.de

Ermittlungsverfahren im Fall Mügeln eingeleitet

Leipzig: Nach der Hetzjagd auf Inder in Mügeln hat die Staatsanwaltschaft gegen zwei junge Männer offizielle Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bei den beiden handelt es sich um einen 21- und einen 23-Jährigen aus Mügeln. Ihnen wird vorgeworfen, sich aktiv an den Ausschreitungen vom Wochenende beteiligt zu haben. Beide waren schon kurz nach dem Vorfall festgenommen, später aber wieder freigelassen worden. Während einer der Beschuldigten eine Tatbeteiligung bestreitet, verweigert der andere jede Aussage. - Zum Fall Mügeln hat sich erstmals auch Bundeskanzlerin Merkel geäußert. Sie nannte die Hetzjagd außerordentlich beschämend. Der Vorfall sei auch im Ausland deutlich wahrgenommen worden.

22.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/muegeln-heimmeyer?from=24hNL>

+++ Mügeln: Mund aufmachen! +++

Der Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer sieht angesichts der Hetzjagd in Mügeln die lokalen Gesellschaften gefordert. Ein Interview

22.08.2007 <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kalenderblatt/659021/>

Deutschlandfunk, Kalenderblatt - vom 22.08.2007, 09:05 Uhr

Hass auf Fremde - Vor 15 Jahren wurden ein Rostocker Asylbewerberheim angegriffen

Im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen wurden zu Beginn der 90er Jahre Asylbewerber angesiedelt. Von Anfang an gab es Konflikte mit der Bevölkerung der Ostseestadt. Am 22. August 1992 eskalierte die Situation: Drei Tage und Nächte griffen Jugendliche das dortige Asylbewerberheim an und wurden von bis zu 3000 Schaulustigen dabei unterstützt.

23.08.2007 **Nach der Hetzjagd**

Politiker und Zentralrat der Juden fordern nach Überfall auf Inder in Mügeln Konsequenzen. Drohungen gegen Jugendzentrum widersprechen Aussagen des Bürgermeisters von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-23/041.php>

23.08.2007 URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1196161)

[online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em cnt=1196161](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1196161)

Leitartikel: Zivilcourage - ein rares Gut

Die Geschichte wiederholt sich: Erst die Hatz auf Fremde, dann die Ausflüchte. In Mügeln wird es nun darauf ankommen, wie Geschehnisse der Nacht Eingang ins kollektive Gedächtnis des Ortes finden.

23.08.2007 www.mdr.de

Mügelner Bürgermeister Deuse begrüßt Konferenz gegen rechte Gewalt

Mügeln: Der Bürgermeister der sächsischen Kleinstadt, Deuse, hat die Absicht von Ministerpräsident Milbradt begrüßt, mit den Kommunen über Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu beraten. Bei MDR INFO sagte Deuse, er finde es in Ordnung, dass man sich nun an einen Tisch setze und über die Probleme rede. Deuse betonte erneut, es gebe in der Region zwar Rechtsextremisten. In den letzten drei Jahren habe es aber keinerlei rechtsextreme Straftaten in Mügeln gegeben. - Milbradt hatte im MDR-Fernsehen einen verstärkten Kampf gegen Rechtsextremismus angekündigt. Im November wolle die Regierung auf einer Konferenz mit den Kommunen Maßnahmen erörtern. - Der Landkreis Torgau-Oschatz, zu dem Mügeln gehört, hatte sich in diesem Jahr um Fördergelder des Bundes zum Kampf gegen Rechtsextremismus bemüht. Sozialdezernent Sirrenberg sagte, der Antrag sei aber abgelehnt worden.

23.08.2007 <http://www.zeit.de/2007/35/01-Zivilcourage?from=24hNL>

+++ Ausländerfeindlichkeit: Mut ist nur ein Wort +++

Die Ausschreitungen von Mügeln: Warum die Forderung nach Zivilcourage in Ostdeutschland so verlogen ist. Von Evelyn Finger

23.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/34/muegeln-donnerstag?from=24hNL>

+++ Mügeln: Sachsen plant Konferenz gegen Gewalt +++

Ministerpräsident Milbradt warnt vor voreiligen Schlüssen nach der Hetzjagd auf acht Inder. Dennoch kündigt er eine erste Maßnahme an

23.08.2007 <http://www.dradio.de/aktuell/661295/>

Konferenz gegen Rechtsextremismus geplant Milbradt kündigt Konsequenzen nach Vorfällen an

Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt will nach den Übergriffen auf mehrere Inder in Mügeln Konsequenzen ziehen. Zu der für November geplanten Konferenz würden Vertreter der Kommunen eingeladen, um über geeignete Maßnahmen zu beraten, sagte der CDU-Politiker.

23.08.2007 <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/661206/>

Deutschlandradio Kultur, Interview

Bisky: Zivilcourage gegen Rechts stärken Linke-Vorsitzender begrüßt Vorschlag zu Demokratiegipfel

Lothar Bisky fordert mehr Stetigkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Menschen entrüsteten sich immer nur dann, wenn etwas passiere, sagte der Vorsitzende der Partei Die Linke. Die Wurzeln des Rechtsextremismus lägen aber offensichtlich tiefer und könnten nicht durch Empörungswellen bekämpft werden.

23.08.2007 www.dradio.de

Milbradt kündigt nach dem Übergriff von Mügeln Konsequenzen an

Das Land Sachsen will Konsequenzen aus den Übergriffen auf mehrere Inder in Mügeln ziehen. Ministerpräsident Milbradt kündigte eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Problem des Rechtsextremismus an. Dazu solle es im November eine Konferenz mit Vertretern der sächsischen Kommunen geben, sagte der CDU-Politiker dem MDR. Der Vorsitzende der Linkspartei, Bisky, erklärte, der Kampf gegen Rechtsextremismus dürfe sich nicht auf Empörungs-Kampagnen beschränken. Im Deutschlandradio Kultur sagte er, es komme jetzt vielmehr darauf an, die Zivilcourage zu stärken.

23.08.2007 www.tagesschau.de

*** Programme gegen Rechts auf dem Prüfstand**

Bei der Kabinettsklausur will Familienministerin von der Leyen heute über die Umsetzung der neuen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus berichten. Von Experten wird das mit Spannung erwartet, denn die Programme stehen in der Kritik - vor allem, weil die Macht der Kommunen größer geworden ist. [\[mehr\]](#)

- [Sachsen will Kommunen stärker in die Pflicht nehmen](#)
- [Rechtsextremismus: "Kommunen müssen tätig werden"](#)
- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)

23.08.2007 www.mdr.de

Mügeln- Programm gegen Rechts nicht gefördert

Der Landkreis Torgau-Oschatz, zu dem Mügeln gehört, hat sich in der Vergangenheit vergeblich um Fördergelder aus dem Programm gegen Rechtsextremismus bemüht. Der Sozialdezernent des Landkreises, Hans-Günther Sirrenberg, musste nach eigenen Angaben am 25. April aus Berlin eine endgültige Ablehnung des Antrags zur Kenntnis nehmen.

23.08.2007 [LVZ: Künast: Westerwelle muss unverzüglich klar stellen, dass fremdenfeindliche Grundeinstellungen in der FDP nichts zu suchen haben dürfen](#)

Leipzig (ots) - Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Renate Künast, hat an FDP-Chef Guido Westerwelle appelliert, sich unverzüglich von seinem Parteifreund und Bürgermeister von Mügeln und dessen Verständnis für fremdenfeindliche Sprüche zu distanzieren. Gegenüber der "Leipziger Volkszeitung" ...

23.08.2007 [LVZ: Sigmar Gabriel: Völlig falsch, Ausländer vor Besuchen im Osten abzuraten](#)

Leipzig (ots) - Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat der Behauptung widersprochen, es gebe in Ostdeutschland "No-Go-Areas", in den Ausländer sich besser nicht aufhalten sollten, um nicht Opfer eines rassistischen Überfalls zu werden. Gabriel (SPD) sagte der Leipziger Volkszeitung, Vorfälle wie in Mügeln ...

23.08.2007 [Ostsee-Zeitung: Ostsee-Zeitung \(Rostock\) zu Mügeln](#)

Rostock (ots) - Die Entrüstung ist groß nach den fremdenfeindlichen Übergriffen von Mügeln. Politiker aller Couleur, mit Ausnahme der braunen, überbieten einander mit Appellen, Forderungen und Vorschlägen, wie man rechtsextremistischen Umtrieben begegnen kann. Die Empörung über den Mügeln Mob ist verständlich. ...

23.08.2007 [WAZ: Der Schrecken von Mügeln: Bürger, steht auf! - Kommentar von Rolf Potthoff](#)

Essen (ots) - Eine Horde Jugendlicher hetzt Menschen durch den nächtlichen Ort; Hassparolen hallen durch die Straßen; die Verfolgten flüchten in Todesangst in ein Lokal. Viele, viele, viele sind Zeugen - sehen tatenlos zu. Das ist der eigentliche Schrecken von Mügeln. Die Teilnahmslosigkeit, das Wegsehen, das ...

23.08.2007 [Stuttgarter Nachrichten: zu Mügeln:](#)

Stuttgart (ots) - Jetzt also ein Bündnis gegen Fremdenhass. Oder gleich ein Demokratiegipfel. Wenn's ginge, ein NPD-Verbot. Auf jeden Fall aber: mehr Geld. Nach der ausländerfeindlichen Hetzjagd von Mügeln werden wieder schnelle Analysen angeboten, eilige Zusammenkünfte organisiert, abgegriffene Konzepte ...

23.08.2007 [Ostsee-Zeitung: Vorabmeldung der OSTSEE-ZEITUNG, Rostock, zu einem Interview mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla](#)

Rostock (ots) - Pofalla lehnt mehr Geld für Programme gegen Rechtsextremismus ab/ "Wir brauchen nicht mehr Geld, sondern mehr Zivilcourage" Rostock. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat sich gegen eine Aufstockung der Bundesmittel für Initiativen und Programme gegen Rechtsextremismus ausgesprochen. Gegenüber der ...

23.08.2007 [Neues Deutschland: zum Vorschlag von Uwe-Karsten Heye nach Einberufung eines Demokratieipfels](#)

Berlin (ots) - Uwe-Karsten Heye hatte sich im Frühjahr 2006 unbeliebt gemacht. Von »No-Go-Areas«, also Gebieten, in die Ausländer besser nicht ihren Fuß setzen sollten, wenn ihnen ihre Gesundheit lieb ist, sprach der ehemalige Regierungssprecher kurz vor der Fußball-WM in Deutschland. Das sei rufschädigend, meinten ...

23.08.2007 www.mdr.de

Inder bestreiten jede Gewaltbeteiligung in Mügeln

Mügeln: Die bei den Ausschreitungen am Wochenende verletzten Inder haben die Darstellung zurückgewiesen, dass die Gewalt im Mügeln Festzelt von ihnen ausgegangen ist. Auf einer Pressekonferenz erklärten sie, sie hätten dort nur friedlich getanzt, unter anderem auch mit einer Deutschen. Das habe offenbar einigen nicht gepasst. Als sie gehen wollten, habe eine gewaltbereite Gruppe bereits am Ausgang auf sie gewartet. Der Pizzeria-Besitzer Singh sagte, von einer normalen Bierzelt-Schlägerei könne keine Rede sein. - Bundessozialministerin von der Leyen kündigte unterdessen an, dass die Zuschüsse im Kampf gegen Rechtsextremismus um fünf Millionen Euro erhöht werden. Dem sächsischen Ort Mügeln bot die Ministerin einen lokalen Aktionsplan an. Die Initiative dafür müsse aber vom Land Sachsen ausgehen, was bisher nicht geschehen sei.

23.08.2007 www.stern.de

stern.de: SPD-Vorstandsmitglied Annen unterstellt von der Leyen Desinteresse am Kampf gegen Rechtsextremismus

Hamburg (ots) - SPD-Vorstandsmitglied Niels Annen hat Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) Desinteresse am Kampf gegen den Rechtsextremismus unterstellt. "Die Ministerin hat sich in den letzten Jahren durch das konsequente Ignorieren ihres Verantwortungsbereichs hervorgetan", sagte Annen stern.de, dem Online-Magazin der Hamburger Zeitschrift stern. "Sie hat zusätzlich dafür gesorgt, dass ihr Haus in der Gestaltung und Umsetzung der Programme gegen Rechts fast schon Blockadepolitik betrieben hat. Dafür trägt sie die politische Verantwortung." Das Desinteresse im Hause von der Leyen sei so groß gewesen, dass die Entwicklung der von der Bundesregierung geförderten Programme gegen Rechtsextremismus stets auf der Ebene des Koalitionsausschusses hätten behandelt werden müssen, sagte Annen stern.de. "Das demonstrative Desinteresse ist nicht zu übersehen gewesen. Das muss sich ändern", sagte der Bundestagsabgeordnete, der die Projektgruppe Rechtsextremismus der SPD leitet.

Den vollständigen Text finden Sie unter www.stern.de/nielsannen

Pressekontakt: Für Rückfragen: stern.de-Redakteur Florian Güßgen, Tel. 040-37034270

23.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/35/Muegeln-Interview?from=24hNL>

+++ Mügeln: "Rassismus gibt es überall" +++

Manuela Ritz ist schwarz und in Mügeln aufgewachsen. Aus ihren Erfahrungen hat sie einen Beruf gemacht: sie ist Antirassismus-Trainerin. Ein Interview.

24.08.2007 **Wedel: Was wäre, wenn ...**

sich der Faschismus »auf dem Tanzboden aufschaukeln« würde?

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/08-24/048.php>

24.08.2007 **Mitteldeutsche Zeitung: Politik/Rechtsextremismus Kirche will Steinar-Shop auszahlen - Schlechte Klage-Prognose**

Halle (ots) - Das katholische Bistum Magdeburg will den Betreiber des umstrittenen Steinar-Shops im Magdeburger Hundertwasserhaus notfalls mit Geldzahlungen zum Auszug bewegen. "Es wird dazu noch in dieser Woche Gespräche geben", kündigte Regine Loreck, Sprecherin der Gero AG, gegenüber der in Halle erscheinenden Mitteldeutschen Zeitung (Freitagausgabe) an. Ende Juli war der Textilladen "Narvik" in den Prestigebau der Landeshauptstadt eingezogen. Schnell regte sich massiver Protest, weil dort bei Rechten beliebte Kleidung der Marke "Thor Steinar" verkauft werden. Nach der heftigen Kritik hat das Bistum, das über seine Tochterfirma Gero AG die Vermietung des Hundertwasserhauses verantwortet, den Mietvertrag fristlos gekündigt. Der Mieter weigerte sich aber auszuziehen und verwies auf seinen drei Jahre laufenden Vertrag.

"Wir prüfen im Moment eine Räumungsklage, doch die Prognose des Anwalts ist nicht Erfolg versprechend", so Loreck. "Thor-Steinar"-Kleidung sei zwar bei Rechten beliebt, aber nicht verboten und werde auch in anderen Magdeburger Geschäften angeboten. Argument der Kirche für die Klage ist, dass der

Mieter sie über sein Warenangebot getäuscht habe. "Da war von Thor Steinar nicht die Rede, sondern von Outdoor-Jacken und Jeans", so Loreck. "Ob ein Gericht das als Täuschung ansieht ist aber ungewiss." Deshalb werde nun parallel zu der juristischen Prüfung eine Verhandlungslösung versucht. Wie viel Geld die Kirche ihrem unliebsamen Mieter für die Auflösung des Vertrages anbieten will, ließ Loreck offen.

Pressekontakt: Rückfragen bitte an: Mitteldeutsche Zeitung
Chefredaktion Tel.: 0345 565 4300

24.08.2007 www.mdr.de

Koalition streitet über Kampf gegen Rechts

Berlin: Nach den Vorfällen im sächsischen Mügeln gerät Bundesfamilienministerin von der Leyen zunehmend in die Kritik. Aufbau-Ost-Minister Tiefensee warf ihr schwere Fehler bei der Förderung von Programmen gegen Rechtsextremismus vor. Tiefensee sagte, von der Leyen habe dem Thema offenbar nicht die nötige Bedeutung beigemessen. - Auch Grünen-Fraktionschefin Künast kritisierte, von der Leyen habe erst nach den Vorfällen in Mügeln die Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus aufgestockt. Künast sagte, es mache fassungslos, dass ein Landkreis erst dann Geld bekomme, wenn dort Leute verprügelt worden seien. SPD-Innenexperte Wiefelspütz forderte, die Programme gegen Rechtsextremismus im Innenstatt im Familienministerium anzusiedeln.

24.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/35/muegeln-tiefensee?from=24hNL>

+++ Politik gegen Rechts: Tiefensee greift von der Leyen an +++

Nach der Hetzjagd in Mügeln gerät die Bundesfamilienministerin unter Druck: Sie habe den Rechtsextremismus nicht genügend beachtet.

24.08.2007 **Unerträgliche Toleranz gegenüber Rechtsextremismus**

Utl.: Betrifft Siegfried Lochner und HC Strache =

Wien (OTS) - Prof. Helmut Zilk ist zu danken, dass er einer der wenigen Stimmen war, die die Abberufung des Militärgeistlichen Siegfried Lochners gefordert hat, als dieser sich gegen die Seligsprechung des von der NS-Militärjustiz ermordeten Kriegsdienstverweigerers Franz Jägerstätter zu Wort meldete. Lochner nannte zudem den Zweiten Weltkrieg einen "gerechten Verteidigungskrieg". Dass der Seelsorger noch immer tätig ist, ist für Zilk eine "politische Schande". Ein Skandal und eine Schande für unser Land ist es in der Tat, wenn jemand der eine solche Meinung vertritt, ausgerechnet im österreichischen Bundesheer für die Seelsorge junger Menschen zuständig ist. Rechtsextreme Ansichten, auch unter dem Mantel der Meinungsfreiheit, haben im Bundesheer nichts verloren. Es ist beschämend, dass das offizielle Österreich zu diesen und ähnlichen Äußerungen schweigt. Dazu passend hat HC Strache in der Wochenzeitschrift Format (Ausgabe 32/07) die Mitglieder der SS in Schutz genommen, Zitat Strache:

"Nicht jeder Kriegsteilnehmer hat ein Verbrechen begangen. Und es war auch nicht automatisch jedes Mitglied der Waffen-SS ein Verbrecher." Natürlich weiß Herr Strache, dass die SS als "verbrecherische Organisation" nach den Nürnberger Prozessen eingestuft wurde und so gut wie alle SSler aus Deutschland und Österreich sich freiwillig zur SS, in Kenntnis ihrer Ideologie, gemeldet hatten. Dazu kommen jetzt Fotos, die ihn bei einem Aufmarsch der neonazistischen "Wikingjugend" zeigen. Empörend ist, dass Lochners Aussage in der rechtsextremen FPÖ-nahen "Zur Zeit" und Straches verzichtbare Wortspenden und Erinnerungslücken im Sommerloch untergehen, ohne dass die politischen Verantwortlichen in unserem Lande darauf reagieren bzw. ist die Toleranz gegenüber Rechtsextremismus so niedrig?

Rückfragehinweis: Israelitische Kultusgemeinde Tel.: (01) 53 104-180

24.08.2007 **Sozialistische Jugend: FPÖ-Chef ist rücktrittsreif!**

Utl.: Engelage: Ich meine, dass die Karriere des Herrn Strache mittlerweile mit Fallobst verglichen werden kann: Sie hat braune Flecken und ist am Boden gelandet =

Wien (OTS) - "Ich meine, dass die Karriere des Herrn Strache mittlerweile mit Fallobst verglichen werden kann: Sie hat braune Flecken und ist am Boden gelandet." So kommentiert Torsten Engelage, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich (SJÖ), die jüngsten Ergebnisse der heutigen Gerichtsverhandlung zwischen FPÖ-Obmann Strache und der Tageszeitung "Österreich". "Dass sich nun herausstellt, dass Straches ursprüngliche Version rund um seine 'Geländespiele in Bubenjahren' um ein paar interessante Details ergänzt wurden, ist nicht weiter verwunderlich. Es scheint bei FPÖ-PolitikerInnen eine beliebte Tradition zu sein, sich in Fragen der Vergangenheitsbewältigung der Wahrheit immer nur in kleinen Schritten zu nähern. Diese Kontinuität ändert aber nichts daran, dass die einzige verantwortungsvolle Konsequenz Straches nur sein sofortiger Rücktritt sein kann", so Engelage weiter.

"Schon seit Jahren beobachten wir hierzulande ein Wiedererstarren der rechtsextremen Szene. Die Tätigkeit des Bunds Freier Jugend in Oberösterreich und das längst überfällige Eingreifen der Justiz ist nur ein Beispiel. Das bisherige Verhalten führender FPÖ-PolitikerInnen leistet dem Rechtsextremismus Vorschub. Halbherzige Lippenbekenntnisse gegen 'Extremismus in jeder Form' reichen nicht aus, um Rechtsextremismus politisch zu isolieren.", erklärt Engelage die Forderung der SJÖ.

Engelage fordert Strache auf, die Öffentlichkeit nicht mit gespielter Naivität für dumm zu verkaufen: "Wenn

Strache von seinen Bubenspielen spricht, so vergisst er, dass er heute volljährig ist und als Mitglied der politischen Landschaft Österreichs Verantwortung zu tragen hat. Die jüngst stattgefundenene Hetzjagd Rechtsextremer in der deutschen Kleinstadt Mügeln zeigt sehr deutlich, wohin der Zug geht, wenn über längere Zeit auch nur der Anschein erweckt wird, dass Rechtsextremismus ein Kavaliersdelikt ist."

Rückfragehinweis: SJÖ

Wolfdietrich Hansen

Tel.: 01 523 41 23 oder

Mobil: 0699 19 15 48 04

www.sjoe.at

24.08.2007 Causa-Strache Grüne: Strache immer unglaublicher

Utl.: Petrovic: "Strache soll endlich alles auf den Tisch legen" =

FPÖ-Obmann Christian Strache hat nun doch Kontakte zur rechtsextremen "Wiking Jugend" zugegeben. "Mit diesem Geständnis wird Strache immer unglaublicher. Was kommt da noch alles? Es ist Zeit, alle Verwicklungen mit der rechtsextremen Szene auf den Tisch zu legen", so die stellv. Bundessprecherin der Grünen, Dr. Madeleine Petrovic. Die Grünen erwarten sich klare Aussagen Straches zu seiner politischen Vergangenheit. Petrovic: "Wer die Fehler der anderen ständig kritisiert, sollte selber nicht immer nur das zugeben, was bereits bekannt ist." Die Grünen fordern die Offenlegung der politischen Vergangenheit des FPÖ-Chefs. Petrovic:

"Während Strache den Splitter im Auge des anderen sieht, übersieht er seinen eigenen, großen braunen Balken." Rechtsextremismus hat nach Ansicht der Grünen in der österreichischen politischen Landschaft nichts verloren. Strache soll, wenn er sich weiter weigert, sich von seiner Vergangenheit in rechtsextremen Kreisen zu distanzieren, die Konsequenzen ziehen.

Rückfragehinweis: **Presse - Grüner Klub im NÖ Landtag +432742/9005-16703 -**

landtag@gruene.at

24.08.2007 www.dradio.de

Familienministerin von der Leyen wegen Programmen gegen Rechts in der Kritik

Nach den Übergriffen auf Inder im sächsischen Mügeln ist Bundesfamilienministerin von der Leyen in die Kritik geraten. Der für den Aufbau Ost zuständige Bundesminister Tiefensee warf seiner Kabinettskollegin Versäumnisse vor. Sie habe dem Thema Rechtsextremismus offenbar nicht die nötige Bedeutung beigemessen und Fehler bei der Förderung von Programmen gemacht, sagte der SPD-Politiker in der 'Berliner Zeitung'. Der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Bosbach wies diese Kritik als sachlich falsch und politisch unanständig zurück. Zugleich wandte sich der CDU-Politiker im Deutschlandradio Kultur gegen die Ankündigung von SPD-Chef Beck, seine Partei werde eine neue Initiative zum Verbot der NPD starten. Vor einem neuen Verfahren müssten die V-Leute abgezogen werden. Dies wäre aber hoch riskant, da man dann über Jahre keinen Zugang mehr zur NPD hätte. Ähnlich äußerte sich Grünen-Fraktionsvize Ströbele.

24.08.2007 www.tagesschau.de

*** [Druck auf Ministerin von der Leyen wächst](#)**

Nach der Hetzjagd von Mügeln gerät Familienministerin von der Leyen zunehmend in die Kritik. Der für den Aufbau Ost zuständige Minister Tiefensee warf ihr Versäumnisse im Kampf gegen den Rechtsextremismus vor. Andere Politiker fordern, das Thema wieder dem Innenminister zu überlassen. [[mehr](#)]

- [Beck-Forderung nach NPD-Verbot trifft auf Skepsis](#)

24.08.2007 www.tagesschau.de

*** [Interview: "Wir brauchen Unruhe in Ostdeutschland"](#)**

Der Konfliktforscher **Heitmeyer** hat die Programme gegen Rechtsextremismus scharf kritisiert - trotz der angekündigten zusätzlichen Mittel. Gegenüber tagesschau.de sagte Heitmeyer, mit Geld könne man beschwichtigen. Doch angesichts der Lage in Ostdeutschland brauche man vor allem eins: Unruhe. [[mehr](#)]

- [Indischer Restaurantbesitzer kritisiert die Polizei](#)
- [Rechtsextremismus: "Kommunen müssen tätig werden"](#)
- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)

24.08.2007 www.spiegel-online.de

HETZJAGD AUF INDER - [Tiefensee wirft von der Leyen Versäumnisse vor](#)

Bei der Klausur in Meseberg demonstriert das Kabinett Einigkeit, aber die Kritik an Familienministerin von der Leyen aus der Koalition wächst: Wegen der Hetzjagd auf Inder in Mügeln wirft Ost-Minister Tiefensee von der Leyen Versäumnisse im Kampf gegen den Rechtsextremismus vor. [mehr...](#) [[Video](#) | [Forum](#)]

24.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Diskussion um NPD-Verbot Staatsrechtler Battis hält neuen Anlauf für aussichtsreich

Halle (ots) - Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis hält ein neues NPD-Verbotsverfahren unter bestimmten Bedingungen für aussichtsreich. "Man müsste eine Klage völlig neu begründen und weniger Verfassungsschutz-Spitzel einsetzen als beim letzten Mal; sie dürfen jedenfalls nicht dominant sein", sagte

er der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" (Samstag-Ausgabe). "Das alles braucht Zeit. Wenn diese Zeit um ist, hat der zuständige Senat des Bundesverfassungsgerichts auch eine andere Besetzung." Der Vize-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer, scheidet im nächsten Jahr aus. Hassemer war bei der Ablehnung des NPD-Verbots 2003 der Vorsitzende Richter. Die NPD biete juristisch gesehen heute mehr Angriffsflächen als damals, so Battis. "Es spricht einiges dafür, dass es im Verlauf der letzten zwei bis drei Jahre eine weitere Radikalisierung der NPD gegeben hat." So habe die Partei zuletzt in Berlin gefordert, Ausländerausreise und -Ausländerrückführungsbeauftragte einzusetzen. "Das ist eine neue Qualität, auch weil die Partei seit dem letzten Verfahren stärker geworden ist, insbesondere in den neuen Ländern. Wenn man das sorgfältig auswertet, könnte man darauf eine neue Klage stützen." Battis ist Professor an der Berliner Humboldt-Universität.

Pressekontakt: Rückfragen bitte an: Mitteldeutsche Zeitung
Chefredaktion Tel.: 0345 565 4300

24.08.2007 Rassismus in Europa

In Deutschland sorgt ein rassistischer Überfall für Schlagzeilen, in Ungarn wird über die Gründung einer neuen rechtsextremen Gruppierung diskutiert und europaweit ist die Lage der Roma ein Thema. Ist Rassismus ein europäisches Problem?

Deutschland - die tageszeitung

Nach einem rassistischen Überfall auf eine Gruppe Inder in der sächsischen Kleinstadt **Mügeln** am vergangenen Wochenende, beschäftigt sich die deutsche Presse intensiv mit Rechtsextremismus und Rassismus. Christoph Seils fragt nach den Ursachen dieser Gewalt im Osten Deutschlands: "Nach der Wende wurde es versäumt, zivilgesellschaftliche Strukturen von unten aufzubauen, gleichzeitig wurden die sozialen Strukturen zerstört. Die ostdeutsche Transformation wurde vom Westen bestimmt, dessen gesellschaftlicher Konsens bis heute im Osten nicht verankert ist. Die NPD und viele militante Kameradschaften sind in diese Vertretungslücke hineingestoßen... Wer den Rechtsextremismus und die Gewalt im Osten eindämmen will, muss aber endlich die fragilen Lebenswelten derjenigen, die die NPD erfolgreich mobilisiert, wahrnehmen und deren Ängste ernst nehmen. Der muss mit den Menschen in deren Sprache kommunizieren und ihnen soziale und demokratische Perspektiven aufzeigen. Das heißt letztendlich, die Menschen müssen wieder in die Gesellschaft integriert werden." (24.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Gesellschaft](#), [» Geschichte](#), [» Deutschland](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Christoph Seils](#)

Schweiz - Neue Zürcher Zeitung

In Ungarn sorgt die Gründung der rechtsextremen Bewegung "**Ungarische Garde**" für heftige Diskussionen, wie Ulrich Schmid berichtet. "Auf der einen Seite kann man nicht deutlich genug darauf hinweisen, dass es in Ungarn eine umfassende gesellschaftliche Zustimmung zu rechtsextremen Gruppen schon seit einiger Zeit nicht mehr gibt und dass das Land gewiss nicht am Rande des nationalistischen Abgrundes steht... Entwarnung kann dennoch nicht gegeben werden. Unermüdlich sind die Rechtsextremen dabei, sich zu organisieren, und liberale Demokraten sind froh darüber, dass die Führer dieser Gruppen in der Regel ebenso verdreht wie eigenbrötlerisch sind und sich rasch zerstreiten. Doch das, was an nationalen Feiertagen oder bei Fußballspielen sichtbar wird, ist besorgniserregend genug. Bei den Eruptionen der Gewalt am 50. Jahrestag des heldenhaften Aufstandes gegen die kommunistisch-sowjetische Herrschaft im vergangenen Jahr waren Rechtsextreme an vorderster Front dabei, und in diesem Herbst wollen sie vereint aufmarschieren." (24.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Politik](#), [» Gesellschaft](#), [» Ungarn](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Ulrich Schmid](#)

Bulgarien - Dnevnik

Wie auch in Italien gibt es derzeit in Bulgarien eine Debatte über den Umgang mit der **Roma-Minderheit**. Vergangene Woche kam es in einem Randviertel von Sofia nach einem Überfall von Skinheads auf Roma zu einem Gewaltausbruch einer Gruppe von Roma gegen Bulgaren. Der bulgarische Schriftsteller Georgi Gospodinow schreibt: "Heute werden den Roma viele Stereotype zugeschrieben, sie haben einen schlechten Ruf. Auch wenn wir seit Jahrzehnten im gleichen Land leben, so haben wir auf die Roma immer herabgeschaut, ihr Platz war irgendwie immer nur in der Ecke... Stereotype berauben den anderen seiner Vergangenheit, entziehen ihm das Recht auf eine Biografie, auf seine Kinder, seine Mutter, seine Trauer, seine Zahnschmerzen und seine Kindheit... Man verprügelt leichter jemanden, der anders ist als man selbst, von dem man aber eigentlich nichts weiß." (24.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, bulgarisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Gesellschaft](#), [» Bulgarien](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Georgi Gospodinow](#)

Österreich - Der Standard

Irene Brickner versucht einen Zusammenhang zwischen rassistischen Vorfällen in verschiedenen europäischen Ländern herzustellen. **Rassismus gehöre zu den akutesten Problemen der EU** und der sie umgebenden Staaten, meint sie. "Rassismus, der in allen Bevölkerungen latent vorhanden ist, der aber in den vergangenen Jahren besonders viel Nahrung erhalten hat und so zu einer in vielen Teilen des Kontinents lauernden, permanenten Gefahr geworden ist... Nötig wären EU-weite klare und faire Regeln, wer wie in der Union Aufenthalt nehmen und arbeiten darf: Staaten wie Griechenland, wo ein Viertel aller Einwanderer illegal lebt und pfuscht, züchten sich chronischen Unfrieden, Staaten wie Österreich mit extrem rigiden Bestimmungen humanitäre Probleme heran. Überfällig ist aber auch das offene Ansprechen und somit Ankämpfen gegen rassistische Ressentiments: In Regionen wie Ostdeutschland mit seinen 'No-Go-Areas' für Ausländer wird sonst Europa niemals wirklich stattfinden können." (24.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Gesellschaft](#), [» Deutschland](#), [» Griechenland](#), [» Österreich](#)
Alle verfügbaren Texte von [» Irene Brickner](#)

24.08.2007 [LVZ: GdP-Chef Freiberg begrüßt neue Initiative für ein NPD-Verbot](#)

Leipzig (ots) - Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich hinter die Forderung von SPD-Chef Kurt Beck zur neuerlichen Prüfung eines NPD-Verbots gestellt. GdP-Chef Konrad Freiberg sagte zu einer entsprechenden Ankündigung Becks in einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung (Sonnabend-Ausgabe): "Ein NPD-Verbot ...

24.08.2007 [LVZ: Beck kündigt gezielte SPD-Initiative zum NPD-Verbot /Beschluss auf kommenden Parteitag](#)

Leipzig (ots) - SPD-Chef Kurt Beck hat, auch vor dem Hintergrund der Ausländer-Jagd im sächsischen Mügeln, eine gezielte Initiative der SPD zum Verbot der NPD angekündigt. In einem Interview mit der "Leipziger Volkszeitung" (Freitag-Ausgabe) meinte Beck: "Ich halte eine neuerliche Prüfung eines NPD-Verbots mit ...

24.08.2007 [Rheinische Post: Skandal von Mügeln - Von GODEHARD UHLEMANN](#)

Düsseldorf (ots) - Die Hetzjagd auf Inder in Mügeln ist ein Skandal. Doch die Tage danach sind es nicht minder. Fünf Tage später liegt noch immer kein klares Bild von den blutigen Auseinandersetzungen vor. Daraus lässt sich nicht verniedlichend ableiten, dass es wohl keinen ausländerfeindlichen Hintergrund gibt. ...

24.08.2007 [Allg. Zeitung Mainz: Kärrnerarbeit \(zu Mügeln\)](#)

Mainz (ots) - Nach der Hetzjagd auf Inder in Mügeln sind Politiker aller Couleur vor allem eines: ratlos. Wegen hoher Arbeitslosigkeit und einem "Mangel an zivilgesellschaftlicher Tradition" sei Ostdeutschland anfällig für rechtsextremistische Tendenzen. Um zu dieser Feststellung zu gelangen, brauchte das ...

24.08.2007 [Kölner Stadt-Anzeiger: Bosbach befürchtet Scheitern eines neuen NPD-Verbotsverfahrens](#)

Köln (ots) - Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, hat auf die Forderung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck nach einem neuen NPD-Verbotsverfahren mit Skepsis reagiert. "Ich wäre heilfroh, wenn das Bundesverfassungsgericht die NPD damals verboten hätte", sagte er dem "Kölner ...

24.08.2007 [Singhammer: Wir bekämpfen Extremismus effektiv](#)

Berlin (ots) - Zur Diskussion um die Programme gegen Rechtsextremismus erklärt der familien- und jugendpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Singhammer MdB: Die im Zusammenhang mit den schändlichen Vorkommnissen in Mügeln geübte Kritik an Bundesministerin von der Leyen ist völlig ...

24.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/35/kampf-gegen-rechts?from=24hNL>

+++ Rechtsextremismus: Zu kurzer Atem +++

Der Kampf gegen Rechts ist mühsam. Auch wegen einer verfehlten, kurzsichtigen Strategie der Politik bei den Gegenprogrammen. Ein Kommentar Von Kai Biermann

24.08.2007 [Neues Deutschland: zur Debatte um ein NPD-Verbot](#)

Berlin (ots) - Bisweilen ist man geneigt, nur noch abzuwinken. Geradezu reflexartig taucht nach einem Übergriff von Neonazis auf Ausländer die NPD-Verbotsdebatte wieder auf - und bislang verschwand sie hernach genauso schnell wieder. Und das soll nach Mügeln anders sein? SPD-Chef Kurt Beck jedenfalls hat fast eine Woche nach dem Überfall auf acht Inder die neuerliche Prüfung eines Verbots der NPD

befürwortet. Familienministerin Ursula von der Leyen will auch nicht abseits stehen und gibt in alle bereitstehenden Mikrofone in Meseberg zu Protokoll, sich dafür einsetzen zu wollen, dass die dem Mügeln Landkreis vom Land Sachsen gestrichenen Fördermittel für den Kampf gegen Rassismus wieder zur Verfügung gestellt werden.

Ex-Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye wiederum fordert einen Demokratiegipfel. Gegen all das ist nichts einzuwenden. Wäre da nicht schon ein NPD-Verbotsverfahren kläglich gescheitert, würden nicht landauf, landab Projekten gegen rechte Gewalt die Mittel gestrichen, fielen nicht Demokraten - statt sich an einen Tisch zu setzen und über konzertierte Aktionen gegen Neonazis zu beraten - in der Regel übereinander her, um letztlich nur sich selbst zu profilieren .

Insofern bleibt auch diesmal zunächst nur der fade Beigeschmack von konjunktureller Politik. Aber ein wenig anders könnten die Dinge diesmal liegen: Die **VVN-BdA hat inzwischen 109 976 Unterschriften** für ein NPD-Verbot gesammelt - auch zu Zeiten, als das Thema keine Konjunktur hatte.

Pressekontakt: Rückfragen bitte an: Neues Deutschland
Redaktion / CvD Telefon: 030/29 78 17 21

25.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1197578

Strache mit Neonazis: Vergangenheit holt Österreichs Rechte ein

Fotos zeigen FPÖ-Chef Strache mit Neonazis der Wiking-Jugend.

25.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1197440

Analyse: Kein Fall für Exorzisten

Wer die NPD verbietet, drückt sich um die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Alltag. *Von Volker Schmidt*

25.08.2007 "profil": **Straches Wohltätigkeitsveranstaltung war getarnte Demo von Neonazis und Rechtsextremen - Utl.: FPÖ-Obmann nahm in Deutschland 1989 an illegalem Silvester-Aufmarsch von Rechtsextremisten teil =**

Wien (OTS) - Das Nachrichtenmagazin "profil" berichtet in seiner Montag erscheinenden Ausgabe über neue Details zur Teilnahme von FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache an einem Treffen von Neonazis und Rechtsextremisten an der deutsch-deutschen Grenze zu Silvester 1989. Strache hatte in der Vorwoche erklärt, im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung Care-Pakete an DDR-Bürger überreicht zu haben.

Wie "profil" berichtet, fand die Veranstaltung nahe der Gemeinde Hilders im Naturpark Hessische Rhön an der Grenze zu Thüringen statt. Die Organisation lief über die neonazistische Wiking-Jugend. Die 1994 verbotene Organisation hatte in den achtziger Jahren in Hilders regelmäßig Silvester-Aufmärsche veranstaltet und "Mahnfeuer" an der Grenze zur DDR entfacht. Nachdem die Behörden die Treffen untersagt hatten, tarnten die Neonazis und Rechtsextremisten ihre politischen Aufmärsche als "Geburtstagsfeiern", "geselliges Beisammensein" oder im Jahr 1989 wie von FPÖ-Chef Strache beschrieben als Übergabe von Care-Paketen.

Rückfragehinweis: "profil"-Redaktion Tel.: (01) 534 70 DW 3501 und 3502

25.08.2007 www.dradio.de

EU-Kommissar Frattini für NPD-Verbot

Der Vizepräsident der EU-Kommission, Frattini, hat die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Europa beklagt und ein Verbot der NPD befürwortet. Neonazis seien in Ländern wie Deutschland eine wirkliche Bedrohung der Demokratie, sagte Frattini der Zeitung "Bild am Sonntag". Der unter anderem für Justiz zuständige Kommissar meinte, besondere Sorge bereiteten innerhalb der EU neben Deutschland auch Frankreich, Belgien, Dänemark und seine Heimat Italien. Der SPD-Vorsitzende Beck hatte sich nach den Vorfällen im sächsischen Mügeln dafür ausgesprochen, ein neues NPD-Verbotsverfahren einzuleiten. Ungeachtet dieser Bestrebungen wolle er am Einsatz von V-Leuten in der NPD aber festhalten, sagte Beck dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". Um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts nachzukommen, reiche möglicherweise ein zurückhaltenderes Handeln der Agenten aus, meinte der SPD-Chef. - An der Problematik der V-Leute war 2003 ein Verbotsverfahren in Karlsruhe gescheitert.

25.08.2007 www.spiegel-online.de

RECHTSEXTREMISMUS - EU-Kommissar fordert NPD- Verbot

Die SPD bekommt Unterstützung aus Brüssel: EU-Justizkommissar Frattini macht sich für ein NPD-Verbot stark. Die rechtsextremen Parteien seien ein "Krebsgeschwür" in der Demokratie - nicht nur in Deutschland. [mehr...](#)

25.08.2007 www.tagesschau.de

* [EU besorgt über Rechtsextremismus in Deutschland](#)

In die zum wiederholten Male geführte Diskussion um ein NPD-Verbot hat sich auch EU-Justizkommissar Frattini eingeschaltet. Er sprach sich dafür aus. Frattini zählt Deutschland zu den Ländern mit den größten rechtsextremistischen Problemen. Neonazis seien ein Krebsgeschwür für demokratische Länder. [\[mehr\]](#)

- [Rheinland-Pfalz: Haftbefehl nach Jagd auf Schwarze](#)
- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)

25.08.2007 www.tagesschau.de

* ["Fahneneid" rechter Paramilitärs in Budapest](#)

Aus Ungarns Hauptstadt sind heute beklemmende Bilder zu erwarten: Auf der symbolträchtigen Budapester Burg will die paramilitärische "Ungarische Garde" ihre ersten Mitglieder vereidigen. Die Gründung der rechtsextremen Bewegung sorgt auch international für Aufsehen. Jüdische Verbände protestieren. [\[mehr\]](#)

- [Audio: Ungarische Garde gegründet](#)

25.08.2007 **Der Tagesspiegel: Beck hält an SPD-Initiative für NPD-Verbot fest: Demokratie muss mit ganzer Härte gegen braune Demagogen vorgehen**

Berlin (ots) - Berlin. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hält an seiner Initiative für ein neues NPD-Verbotsverfahren fest. Trotz der ablehnenden Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe sich das Thema nicht erledigt, sagte Beck in einem Interview mit dem "Tagesspiegel am Sonntag": "Meine Partei hat da klare Vorstellungen." Eine wehrhafte Demokratie müsse Flagge zeigen "und mit ganzer Härte des Gesetzes gegen die braunen Demagogen vorgehen". Zugleich rief er die Deutschen zu mehr Zivilcourage auf. "Wir brauchen in Deutschland ein politisches Klima, das unmissverständlich klar macht: Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung werden nicht toleriert." Nötig sei mehr denn je eine starke Zivilgesellschaft und Zivilcourage.

Pressekontakt:

Der Tagesspiegel

Chef vom Dienst

Thomas Wurster

Telefon: 030-260 09-308

Fax: 030-260 09-622

cvd@tagesspiegel.de

25.08.2007 [Ostsee-Zeitung: Kommentar zu Diestel und NPD](#)

Rostock (ots) - Für eine "einmalige Peinlichkeit" hält Peter-Michael Diestel das Parteiausschluss-Verfahren der Landes-CDU von Mecklenburg-Vorpommern gegen Jan Paulenz. Was ist daran peinlich? Der Christdemokrat war schließlich auf einer NPD-Demo gefilmt und darauf von seiner Partei zur Rechenschaft gezogen worden. ...

25.08.2007 [Südwest Presse: Kommentar zum Thema NPD](#)

Ulm (ots) - Hätten die Politiker nur die Hälfte der Energie, die sie bisher in fruchtlosen Initiativen zum Verbot der NPD verpulvert haben, in Besuche der sozialen Brennpunkte und entvölkerten Provinzen gesteckt, in denen die Braunen ihr Wählerpotential finden! Jeder vierte Arbeitslose kann sich vorstellen, ...

25.08.2007 [Kölner Stadt-Anzeiger: Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses fordert neues NPD-Verbotsverfahren Edathy \(SPD\): Das Material reicht aus](#)

Köln (ots) - Köln - Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), hat ein neues NPD-Verbotsverfahren gefordert; dabei sei es unerlässlich, die V-Leute des Verfassungsschutzes zuvor aus der Partei abziehen. "Die Materiallage reicht aus", sagte er dem "Kölner Stadt-Anzeiger" ...

25.08.2007 [Kölner Stadt-Anzeiger: Innenpolitiker Edathy: zu wenig Herzblut im Kampf gegen Rechts](#)

Köln (ots) - Köln - Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), hat sich der Kritik von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) an Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) angeschlossen und ihr ebenfalls mangelndes Engagement im Kampf gegen den Rechtsextremismus ...

25.08.2007 [Kölner Stadt-Anzeiger: Familien-Staatssekretär Kues greift Tiefensee an](#)

Köln (ots) - Köln - Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Hermann Kues (CDU), hat die Kritik von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) an Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) zurückgespielt. "Herr Tiefensee ist Aufbau-Ost-Minister. Sein Ressort beschränkt sich ...

26.08.2007 **Petrovic: Für FP-Obmann Strache wird es langsam eng**

Utl.: Welche rechtsextremen Kontakte tauchen noch auf? =

Wien (OTS) - "Die Schlinge um den Hals von FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache zieht sich immer enger zusammen. Sein Vertuschungsversuche über seine Kontakte zur rechtsextremen Szene brechen immer mehr wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Was Strache noch im Sommergespräch abgestritten hat, seine Kontakte zur Wiking-Jugend, mußte er inzwischen zugeben. Da stellt sich die Frage, was noch alles

auftaucht. Ein Klubobmann des österreichischen Parlaments, der auch heute noch keine klare Grenze zum Rechtsextremismus zieht, ist eine unzumutbare Belastung", so Madeleine Petrovic, stv. Klubobfrau der Grünen, in Reaktion auf die Vorabmeldung von profil. Das Nachrichtenmagazin berichtet, dass Straches angebliche Wohltätigkeitsveranstaltung, bei der angeblich Care-Pakete Richtung DDR geworfen worden seien, tatsächlich eine getarnte Demo von Neonazis und Rechtsextremen gewesen sei.

Rückfragehinweis: Die Grünen, Tel +43-1-40110-6707, presse@gruene.at

26.08.2007 <http://www.dradio.de/aktuell/662342/>

Aktuell - Frattini: Wir müssen besser werden im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit EU-Kommissar für NPD-Verbot

In die neuerliche Debatte um ein Verbot der NPD hat sich jetzt auch die EU-Kommission eingeschaltet. Wenn es in Deutschland eines Tages zu einem Verbot der Partei kommen sollte, würde er dies klar und deutlich begrüßen, sagte der stellvertretende Kommissionspräsident Franco Frattini. Er zählte Deutschland zu den EU-Staaten mit den größten rechtsextremistischen Problemen.

26.08.2007 www.dradio.de

Demo gegen Fremdenhass in Mügeln - 400 Bürger beteiligen sich an Schweigemarsch und Friedensgebet

Nach den Übergriffen auf acht Inder im sächsischen Mügeln haben sich gestern rund 400 Menschen gegen Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit gewandt. Nach einem Schweigemarsch versammelten sie sich zu einem Friedensgebet auf dem Marktplatz. Anschließend stellten sie Kerzen vor der Pizzeria auf, in der sich die Inder vor ihren etwa 50 zumeist jugendlichen Verfolgern in Sicherheit gebracht hatten. Der Bürgermeister von Mügeln, Deuse, distanzierte sich in einer Ansprache von der Gewalt. Sie sei nicht exemplarisch für die Einstellung der Bürger gegenüber Fremden.

26.08.2007 www.dradio.de

Proteste in Ungarn gegen Gründung einer paramilitärischen Vereinigung

Mit der Gründung einer paramilitärischen Vereinigung hat die rechtsextreme Partei Jobbik in Ungarn heftige Proteste hervorgerufen. Die sogenannte "Ungarische Garde" wurde gestern vor rund tausend Zuschauern in der Nähe des Präsidentenpalastes in der Budapester Innenstadt vereidigt. Gleichzeitig fand eine Gegendemonstration mit mehreren hundert Teilnehmern statt. Jüdische Verbände und Roma-Organisationen forderten die Regierung auf, die paramilitärische Gruppe zu verbieten. Sie befürchten ein Wiedererstarken des Rechtsextremismus in Ungarn.

26.08.2007 www.spiegel-online.de

KAMPF GEGEN RECHTSEXTREME - Regierung streitet über NPD- Verbot

Kurt Beck will's wissen: Obwohl die Union seinen Vorstoß für ein neues NPD-Verbotsverfahren ablehnt, prescht er voran. Der SPD-Chef will mit "ganzer Härte gegen die braunen Demagogen vorgehen" - die CDU setzt auf Sozialarbeit. [mehr...](#) [[Forum](#)]

26.08.2007 www.tagesschau.de

* **[Report Mainz: Rechtsextreme Hassvideos bei YouTube](#)**

Trotz mehrmaliger Abmahnungen durch deutsche Stellen können Neonazis ungehindert indizierte Propagandavideos auf der Videoplattform YouTube verbreiten. Das berichtet das Politikmagazin "Report Mainz" in seiner morgigen Ausgabe. [\[mehr\]](#)

- ["YouTube": Kreativlabor oder Konkurrenz für Medien?](#)
- [Dossier: Das Netz der Nutzer](#)

26.08.2007 www.tagesschau.de

* **[Mecklenburg-Vorpommern: Randalie nach Volksfest](#)**

Wieder ist es nach einem Volksfest zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. In Bützow in Mecklenburg-Vorpommern zogen mehr als 50 Menschen randalierend durch die Straßen. Nach einem Zeitungsbericht attackierten sie auch einen Döner-Imbiss und bedrohten dessen Besitzer. [\[mehr\]](#)

26.08.2007 www.tagesschau.de

* **["Fahneneid" rechter Paramilitärs in Budapest](#)**

Ein beklemmendes Bild in Ungarns Hauptstadt Budapest: Auf der symbolträchtigen Budapester Burg hat die paramilitärische "Ungarische Garde" ihre ersten Mitglieder vereidigt. Die Gründung der rechtsextremen Bewegung sorgte auch international für Aufsehen. Jüdische Verbände protestierten. [\[mehr\]](#)

- [Video: Ungarische Garde gegründet](#)

26.08.2007 Der Tagesspiegel: Körting: NPD-Verbotsverfahren hat mit Sicherheit Erfolg

Berlin (ots) - Berlin - Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz der Länder, Ehrhart Körting (SPD), sieht

keine gravierenden Hindernisse für ein NPD-Verbot. "Man kann mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass ein neues Verfahren Erfolg hat. Die NPD ist ganz zweifelsfrei verfassungswidrig", sagte der Berliner Innensenator dem Tagesspiegel (Montag-Ausgabe). Dies sei durch viele öffentliche Äußerungen belegt. Ein neues Verbotsverfahren könne nach gründlicher Vorbereitung in "ein, zwei Jahren" beginnen. "Es gilt jetzt eigentlich nur, die Formalien eines NPD-Verbotsverfahrens einzuhalten."

Der Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes kann dabei nach Körtings Überzeugung kein Problem darstellen. Das Bundesverfassungsgericht hatte das erste Verbotsverfahren 2003 gestoppt, nachdem bekannt geworden war, dass V-Leute führende NPD-Funktionen bekleideten. Er gehe davon aus, dass die Verfassungsschützer in Bund und Ländern die Konsequenzen aus der Entscheidung des Gerichts gezogen und die V-Leute aus den Führungsgremien abgezogen hätten, sagte Körting. Sollten sie dies nicht getan haben, „wäre das nicht verfassungsgemäß“. Auf Unionsseite hatte unter anderem der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) ein neues Verfahren mit der Begründung abgelehnt, die Sicherheitsbehörden seien auf Informationen von V-Leuten aus den NPD-Gremien angewiesen. Körting hingegen hält "den Einsatz von V-Leuten bei der NPD grundsätzlich für verzichtbar, weil er keinen qualitativen Erkenntnisgewinn bringt". Die NPD sei keine konspirativ arbeitende Organisation, sondern agiere völlig offen.

"Man weiß also, was da passiert und braucht keine Informationen von V-Leuten."

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an: Lutz Haverkamp Der Tagesspiegel
Ressortleiter Redaktion Politik Telefon: 030-260 09-218 Fax: -416
lutz.haverkamp@tagesspiegel.de www.tagesspiegel.de

26.08.2007 Märkische Oderzeitung: Kommentarauszug Debatte um Mügeln:

Frankfurt/Oder (ots) - Rostock, Hoyerswerda, Guben - in die Gruselreihe von Dunkeldeutschland ist durch einen Medienhype nun auch Mügeln eingereicht. Die Stadt steht im Schockzustand, weil sie per Fern-diagnose zum Platz "normalen Alltagsrassismus" im Osten gebrandmarkt wurde. ... In Mügeln zeigte sich wieder, wie reflexhaft nach solchen Geschehnissen reagiert wird. Blitzschnell wurde der Vorfall in klingende Münze verwandelt, als Berlin neue Gelder "gegen Rechts" lockermachte, ohne die Hintergründe zu kennen. Und die SPD propagierte ein neues NPD-Verbotsverfahren, obwohl beim Erfolg noch mehr Rechtsextreme unorganisiert "frei flottieren" würden.

Pressekontakt: Rückfragen bitte an: Märkische Oderzeitung Cvd
Telefon: 0335/5530 563 cvd@moz.de

27.08.2007 Erneut rassistische Angriffe in Ost und West

Politiker debattieren weiter über Verbot der neofaschistischen NPD und Einsatz von V-Leuten

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-27/056.php>

27.08.2007 Rostock-Lichtenhagen bleibt »tagesaktuell«

15 Jahre nach den rassistischen Pogromen: antifaschistische Podiumsdiskussion in Berlin-Lichtenberg von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-27/059.php>

27.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1198281
Leitartikel: Patrioten und Rassisten

Russland den Russen, daher Ausländer raus - das reimt sich auf die Darstellung nationaler Größe. Das aktiviert manche, die vom unbestreitbaren Aufschwung der Ökonomie keinen Nutzen haben.

27.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1198282
Kolumne: Das Fremde

Nach Mügeln scheint alles gesagt zu sein, mehrfach, von vielen. Doch bleiben die meisten Fragen offen.

27.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/35/npd-verbot?from=24hNL>

+++ Rechtsextremismus: EU besorgt über Deutschland +++

SPD-Chef Beck erhält für seinen Vorstoß für ein neues NPD-Verbotsverfahren Unterstützung aus Brüssel. Dort zählt Deutschland zu den Ländern, die "Sorge bereiten"

27.08.2007 http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/662471/
Deutschlandfunk, Interview - Beckstein gegen neuen NPD-Verbotsantrag
CSU-Politiker warnt vor zweitem Scheitern in Karlsruhe

Nach Einschätzung des bayerischen Innenministers Günther Beckstein hätte ein neues NPD-Verbotsverfahren wenig Aussicht auf Erfolg. Nach wie vor seien V-Leute in der rechtsextremen Partei aktiv, was 2003 zum Scheitern des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht geführt hatte, sagte der CSU-

Politiker. Ein wiederholtes Scheitern eines Verbotsantrages wiederum "würde den Radikalismus weiter beflügeln".

27.08.2007 www.tagesschau.de

* [Führende SPD-Politiker für NPD-Verbot](#)

Führende SPD-Politiker unterstützen die Forderung ihres Parteichefs Beck nach einem neuen Anlauf für ein NPD-Verbot. Berlins Innensenator Körting sieht gute Chancen, dass ein entsprechendes Verfahren diesmal nicht am Verfassungsgericht scheitert. Genau das befürchten die Kritiker. [\[mehr\]](#)

- [EU besorgt über Rechtsextremismus in Deutschland](#)
- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)
- [Kann man rechtsextremes Denken verbieten? \(13.11.06\)](#)
- [Audio: SPD immer mehr für Verbot](#)

27.08.2007 **Ungarn - Népszabadság**

Ungarische Rechtsextreme gründen eine "Garde"

Auf der Budapester Burg wurde am Wochenende eine so genannte "ungarische Garde", eine paramilitärische Organisation der rechtsextremen Partei Jobbik, "vereidigt". Der ehemalige Verteidigungsminister Lajos Für überreichte jedem "Gardisten" eine Mitgliedsurkunde. Die "Gardisten" tragen schwarze Uniform mit Symbolen der ungarischen Nazis der 1930er Jahre. Sie streben nach eigenen Angaben Waffenbesitz an und wollen die Regierung stürzen: "Es wird einem übel, man muss laut protestieren. Manche wollen sich beruhigen und sagen, die Geschichte werde sich nicht wiederholen. In der Tat ist nicht zu befürchten, dass die Glut von damals wieder aufflammt. Aber Menschen, denen es heute nicht zuwider ist, der ungarischen Nazis des Zweiten Weltkriegs zu gedenken, sind sehr gefährlich. Nicht nur wegen der Nazi-Symbole an der Uniform. Diese Menschen haben Homosexuelle, Befürworter der Legalisierung von Cannabis und linke Demonstranten brutal angegriffen und werden künftig jeden zusammenschlagen, der nicht zu ihnen gehört." (27.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, ungarisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Politik](#), [» Gesellschaft](#), [» Ungarn](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Péter N. Nagy](#)

27.08.2007 [Südwestrundfunk \(SWR\)REPORT MAINZ, Montag, 27.08.2007, 21.45 Uhr im Ersten](#)
[Rechtsextremistische Hassvideos bei "YouTube"](#)

Baden-Baden (ots) - Auch nach Abmahnung wurden indizierte Clips nicht entfernt Zentralrat der Juden erwägt Strafanzeige Mainz. Neonazis verbreiten über die Videoplattform "YouTube" ungehindert indizierte Propagandavideos. Das berichtet das Politikmagazin REPORT MAINZ in seiner heutigen Ausgabe. Nach Recherchen des ...

27.08.2007 [Ostsee-Zeitung: Kommentar zum NPD-Verbot](#)

Rostock (ots) - Gegen Intoleranz, Fremdenhass und Gewalttätigkeit, wie jüngst im sächsischen Mügeln, würde das Schwert des Parteiverbots kaum etwas ausrichten. Damit rechtsextreme Gesinnungstäter isoliert werden, braucht es keinen Aktionismus, sondern geduldige gesellschaftliche Arbeit. In Familien, Schulen, ...

27.08.2007 [Märkische Oderzeitung: Kommentarauszug Debatte um Mügeln:](#)

Frankfurt/Oder (ots) - Rostock, Hoyerswerda, Guben - in die Gruselreihe von Dunkeldeutschland ist durch einen Medienhype nun auch Mügeln eingereiht. Die Stadt steht im Schockzustand, weil sie per Ferndiagnose zum Platz "normalen Alltagsrassismus" im Osten gebrandmarkt wurde. ... In Mügeln zeigte sich wieder, wie ...

27.08.2007 [WAZ: Diskussion über Rechtsradikale: NPD-Verbot als Placebo für die Politik - Leitartikel von Hendrik Groth](#)

Essen (ots) - Es ist ja keine Frage, dass die pure Existenz der NPD eine Schande ist. Auch außerhalb jeder Diskussion ist, dass der Rechtsextremismus in seinen widerlichen Schattierungen schwer zu ertragen und dass es geboten ist, mit dem Gesetz gegen Straftäter aus dem braunen Sumpf vorzugehen. SPD-Chef Beck ...

27.08.2007 www.mdr.de

Bundesregierung strebt kein neues NPD-Verbotsverfahren an

Berlin: Die Bundesregierung strebt kein neues Verbotsverfahren gegen die rechtsextremistische NPD an. Regierungssprecher Steg sagte, aus der Mitte des Kabinetts werde keine Initiative dazu erarbeitet. Es sei auch keine geplant. Ein neues Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht müsste hohe Hürden überwinden. Eine weitere Niederlage wäre ein schwerer Rückschlag für die Demokratie. Ein Sprecher des Innenministeriums ergänzte, ein Verbotsverfahren könnte dann erfolgreich sein, wenn V-Leute der Sicherheitsbehörden die Beobachtung der NPD einstellten. Dies sei aber nicht sinnvoll.- Gleichwohl drängt

der Koalitionspartner SPD weiter auf ein NPD-Verbot. Generalsekretär Heil sagte, es stehe außer Frage, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei sei.

27.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/35/npd-verbot-spd?from=24hNL>

+++ Rechtsextremismus: SPD fordert NPD-Verbot +++

In der SPD mehren sich die Stimmen für ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD. Berlins Innensenator Körting sieht keine gravierenden Hindernisse dafür

27.08.2007 Der Tagesspiegel: Nach Abbruch von "Virginia Jetzt"-Konzert in Mügeln: Gitarrist kritisiert "Werbeveranstaltung für die Stadt"

Berlin (ots) - Berlin - Nach dem Abbruch ihres Konzerts in Mügeln hat der Gitarrist der Rockgruppe "Virginia Jetzt", Thomas Dörschel, den Umgang der Stadt mit den Ausschreitungen scharf kritisiert. Wie der Berliner "Tagesspiegel" in seiner Dienstagsausgabe berichtet, sollte die Gruppe am Sonntag nach einer Diskussion über Fremdenfeindlichkeit im Ort ein Konzert geben. "Aber nach dem, was wir dort erlebt haben, konnten wir das nicht mehr verantworten", sagte Dörschel am Montag.

Die Gruppe habe das Gefühl gehabt, in einer Werbeveranstaltung der Stadt zu sein. "Zum eigentlichen Problem wurde keine Stellung bezogen", sagte Dörschel. Statt Fremdenfeindlichkeit sei das schlechte Bild der Stadt in den Medien kritisiert worden. "Aber was wir erlebt haben, hat das Bild eher bestätigt", sagte Dörschel.

Thomas Dörschel hatte das Konzert von "Virginia Jetzt" in Mügeln nach zwei Songs mit den Worten abgebrochen: "Wir haben an diesem Abend kein einziges Mal eine Entschuldigung gehört."

Pressekontakt: Der Tagesspiegel Chef vom Dienst Thomas Wurster
Telefon: 030-260 09-308 Fax: 030-260 09-622 cvd@tagesspiegel.de

27.08.2007 <http://www.dradio.de/df/sendungen/europaheute/662490/>

Deutschlandfunk, Europa heute - Das Eigene und das Fremde
Ausländerfeindlichkeit in Europa

Fremdenfeindlichkeit ist nicht auf einzelne Orte begrenzt - und auch nicht auf einzelne Länder.

27.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/35/npd-verbot-spd?from=24hNL>

+++ Rechtsextremismus: SPD fordert NPD-Verbot +++

In der SPD mehren sich die Stimmen für ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD. Berlins Innensenator Körting sieht keine gravierenden Hindernisse dafür

27.08.2007 www.dradio.de

Debatte über NPD-Verbot geht weiter

Der Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, Krüger, hat die Debatte über einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot kritisiert. Dies sei der falsche Weg im Kampf gegen den Rechtsextremismus, sagte Krüger im Südwest-Rundfunk. Auch bei Verboten gebe es immer wieder neue Wege, Parteien zu gründen. Das größte Problem bestehe darin, dass das Thema von weiten Teilen der Gesellschaft unterschätzt werde. Krüger empfahl eine stärkere Vernetzung von Städten und Gemeinden. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Körting, will ein NPD-Verbot bei der nächsten Sitzung des Gremiums im Dezember auf die Tagesordnung setzen. Zugleich erklärte er im Deutschlandradio Kultur, er habe keinerlei Zweifel an der Verfassungswidrigkeit der Partei.

28.08.2007 www.tagesschau.de

*** [Debatte über Verzicht auf V-Leute in der NPD](#)**

Im Streit um die Chancen eines neuen NPD-Verbotverfahrens spielen die V-Leute eine zentrale Rolle. Einige Politiker wollen ganz auf sie verzichten, andere fürchten, dass die NPD dadurch gestärkt wird. Doch welche Rolle spielen die V-Leute eigentlich? Eine Aussage, die SPD-Chef Beck dazu gemacht hatte, sorgt für Wirbel. [[mehr](#)]

- [Neues NPD-Verbotverfahren: Koalition gespalten](#)
- [Kann man rechtsextremes Denken verbieten? \(13.11.06\)](#)
- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)
- [Audio: Berlins Innensenator: NPD ist verfassungswidrig](#)

28.08.2007 www.spiegel-online.de

NPD- VERBOT - [Schäubles Juristen warnen vor hohem Risiko](#)

Was lässt sich der NPD nachweisen, und was passiert bei einem neuen Verfahren gegen die Rechtsextremen mit den V-Leuten? Verfassungsjuristen des Innenministers fürchten ein "hohes Verfahrensrisiko". Der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach warnt vor einer "gigantischen Blamage". [mehr...](#)
[[Forum](#)]

28.08.2007 www.mdr.de

Thüringen - [Rechtsextremer wollte "Linke" unterwandern](#)

"Die Linke" im Thüringer Landtag ist von einem Rechtsextremen unterwandert worden. Nach Recherchen des THÜRINGEN JOURNAL hat sich der 21-Jährige aus Erfurt beim so genannten Mentoring-Programm der Partei angemeldet und seit Mitte August den Landtagsabgeordneten Frank Kuschel begleitet. Das Programm ist ein Angebot der Partei an Politikinteressierte und bietet Einblick in die Fraktionsarbeit.

28.08.2007 **Sorge über die rechtsextreme "Ungarische Garde"**

Rechtsextremisten haben am Samstag in Budapest eine paramilitärische Vereinigung gegründet, die sich "Ungarische Garde" nennt. Sie will die Regierung stürzen und richtet sich offen gegen alles "Nichtungarische". Die europäische Presse blickt besorgt nach Ungarn und erkennt in ganz Osteuropa ein Aufleben rechtsextremer Tendenzen.

Ungarn - Népszabadság

Nach der Gründung der rechtsextremen "Ungarischen Garde" hat Zoltán Pokorni, der stellvertretende Vorsitzende der konservativen Oppositionspartei Fidesz, erklärt, die "Ungarische Garde" sei ein "Marketinggeschenk" für die sozialliberale Regierung. György Bugyinszki urteilt, die Konservativen wollten die rechtsextreme Szene schönreden: "Sie haben nichts dagegen, dass die Neonazis die Flagge der ungarischen Nazis der 1940er Jahre verwenden: auch die österreichische Nationalflagge hat ja die gleichen Farben. Auch die schwarze Uniform sei nichts Schlimmes: Rabbiner und Schornsteinfeger sind ja auch schwarz gekleidet. Und im Schießen üben dürfe sich heute jeder... Es ist völlig überflüssig, darüber zu diskutieren, ob [die rechtsextreme Partei] Jobbik faschistisch ist, und es ist heuchlerisch zu fordern, man solle abwarten, was die 'Ungarische Garde' wirklich tun wird." (28.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, ungarisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Politik](#), [» Gesellschaft](#), [» Ungarn](#)

Alle verfügbaren Texte von [» György Bugyinszki](#)

Slowakei - Pravda

Ivan Drabek kommentiert die Umformierung einer Gruppe von nationalistischen Ungarn, die sich in der Tradition der faschistischen Pfeilkreuzler sehen, zur paramilitärischen Einheit "**Ungarische Garde**": "Sicher, ähnliche Gruppierungen kriegerischer veranlagter Ultrarechter gibt es auch anderswo in Europa. Ungarn ist hier keine Ausnahme. Wichtig ist, dass die schweigende Mehrheit der Ungarn bislang die Ideologie des Hasses gegen 'Nichtungarisches' ablehnt. Doch das Problem ist, dass die Ablehnung nicht einheitlich ist. Das Land ist so tief gespalten in Anhänger der sozialliberalen Regierung und der rechten Fidesz, dass Extreme zwischen den beiden demokratischen Lagern gut gedeihen. Die Sozialisten kämpfen zwar lautstark gegen die Garde, aber das rechte Lager hält ihnen vor, die Bedrohung zu übertreiben, um Munition gegen die Opposition zu haben. Fidesz wiederum wirft der Regierung vor, dass deren Politik gegen die Menschen und die Nation den Extremisten den Boden bereitet. Die Extremisten profitieren gewaltig von diesen Machtspielen." (28.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, slowakisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Politik](#), [» Ungarn](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Ivan Drabek](#)

Deutschland - die tageszeitung

Der rumäniendeutsche Publizist William Totok führt das in fast allen osteuropäischen Ländern existierende Phänomen des **erstarkenden Rechtsextremismus** auf das ideologische Vakuum zurück, das der Untergang der kommunistischen Regime dort hinterlassen hat. "In vielen Staaten entstand so ein brodelnder Ideologiemix, der sich aus antisemitischen und rassistischen Stereotypen, nationalistischen Vorurteilen sowie Versatzstücken eines militanten Antikommunismus, nationalistischen Vorurteilen, revisionistischen Ambitionen und einem rachsüchtigen Fundamentalismus speiste... Die Gründung der 'Ungarischen Garde'... sollte all jenen ein Alarmsignal sein, die immer noch glauben, die Gefahr des Rechtsextremismus entspringe bloß der Einbildung sensibler Publizisten, linker Politiker und kritischer Intellektueller. Ungarn hatte im Westen schon vor 1990 ein gutes Image, was auch an einer geschickten Lobbyarbeit lag. Deshalb wurden die nationalistischen Entgleisungen der Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán vom westlichen Publikum ebenso geflissentlich übersehen wie die gefährliche Verbreitung von Rassismus und Antisemitismus in Ungarn." (28.08.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

Alle verfügbaren Texte von [» William Totok](#)

28.08.2007 **Rheinische Post: Kampf gegen NPD**

Düsseldorf (ots) - Von Margarete van Ackeren Je lauter der Ruf, desto größer die Hilflosigkeit: Gut eine Woche nach den schändlichen Vorfällen von Mügeln wird die Debatte über Rechtsextremismus in

Deutschland einmal mehr bestimmt von der Frage nach einem NPD-Verbot. Mit ungebremsstem Elan schreit die SPD die ...

28.08.2007 [Lausitzer Rundschau: Diskussion um NPD-Verbot Da lachen nur die Rechten](#)

Cottbus (ots) - Beck dafür, Merkel dagegen, Platzeck pro, Schönbohm contra, Schäuble skeptisch, Zypries unentschlossen, Körting optimistisch, Beckstein gar nicht - und SPD-Generalsekretär Hubertus Heil warnt allen Ernstes vor Parteienstreit um das NPD-Verbot. Ein Witz, über den derzeit nur die Rechten lachen. Die ...

28.08.2007 [Westdeutsche Zeitung: NPD-Verbot = von Mertin Vogler](#)

Düsseldorf (ots) - Solche Reaktionen erfolgen offenbar fast automatisch. Da erschrickt das Land angesichts unbegreifbarer Taten gegen Ausländer, wie jüngst in Mügeln in Sachsen und in Guntersblum bei Mainz. Schon ist wieder das Thema NPD-Verbot auf der Tagesordnung. Einer, diesmal Kurt Beck, stößt die Diskussion ...

28.08.2007 [WAZ: Rechte Propaganda im Internet: Stoppt den Hass! - Kommentar von Rolf Potthoff](#)

Essen (ots) - Youtube ist beliebt, besonders bei jungen Leuten. Auf der Internetseite gibt es Fernseh-ausschnitte, Amateurfilme, Musikvideos. Youtube ist das Populärste auf dem Gebiet. Entsprechend ist die Verbreitung von Texten wie beispielsweise: "Des nachts am Mississippi sieht man die Kreuze brennen und so ...

28.08.2007 [Kölnischer Stadt-Anzeiger: Ehemaliger Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Mahrenholz sieht neues NPD-Verfahren skeptisch](#)

Köln (ots) - Köln - Der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz, hat sich zu Forderungen, ein neues NPD-Verbotsverfahren anzustrengen, prinzipiell skeptisch geäußert. "Ich bezweifle, dass rechtsgerichtete Aktivitäten mit kriminellem Charakter aufhören, wenn die NPD verboten ...

28.08.2007 [N24-EMNID-UMFRAGE: Klare Mehrheit für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren](#)

Berlin (ots) - Die Bundesbürger sind eindeutig für eine Neuauflage eines Verbotsverfahrens gegen die NPD: 66 Prozent sprechen sich dafür aus, das Bundesverfassungsgericht erneut anzurufen; nur **23 Prozent sind dagegen**. Dabei sind mit **66 Prozent auch die meisten Unionsanhänger dafür; bei den SPD-Wählern finden 74 ...**

28.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/35/npd-verbot-presse?from=24hNL>

+++ Rechtsextremismus: "Flagge zeigen!" +++

Sollte ein neuer Anlauf unternommen werden, die NPD zu verbieten? Die Zeitungskommentatoren sind geteilter Meinung. Eine Presseschau Von Ludwig Greven

29.08.2007 **NPD-Kandidat geoutet**

Antifas klären Nachbarschaft über neofaschistischen Spitzenkandidaten auf. Breites Bündnis gegen Wahlkampfauftakt der Rechtsaußenpartei von Tomasz Konieczny

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-29/041.php>

29.08.2007 **Jede Antifagruppe weiß mehr**

Debatte um NPD-Verbot: Linkspartei fordert Abzug der V-Leute. VVN-BdA mobilisiert zu Aktionstag am 1. September

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-29/038.php>

29.08.2007 **Berlin: Protest gegen NPD-Veranstaltung im Rathaus Treptow** von Theo Schneider

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-29/008.php>

29.08.2007 **Ende eines Bestsellers?**

Freistaat Bayern setzt in der Türkei seine Rechte an **Adolf Hitlers »Mein Kampf«** durch. In Antiquariaten geht Verkauf aber weiter von Nico Sandfuchs, Ankara

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/08-29/009.php>

29.08.2007 **Deutsche Neonazis fordern deutsche Kriege**

Neuerscheinung über Militär- und Außenpolitik in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten von Frank Brendle

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-29/010.php>

29.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/leserbriefe_aus_der_zeitung/?em_cnt=1199692
Angst um sozialen Status gebiert Fremdenangst

Zur Berichterstattung über Mügeln, FR vom 25. August und Fachkräftesuche im Ausland, FR vom 24. August

29.08.2007 **stern: Rechtsextremismus-Experte Bernd Wagner fordert, alle V-Leute aus den Gremien der NPD abzuziehen**

Hamburg (ots) - Der Berliner Rechtsextremismus-Experte Bernd Wagner fordert einen realistischen Umgang mit dem Wunsch, die NPD zu verbieten. Bevor man über ein Verbot nachdenke, so Wagner in einem Beitrag für das Hamburger Magazin stern, sollten sich die Politiker darauf einigen, alle V-Leute "aus den Gremien der Partei abzuziehen. Denn die bisherigen Versuche sind gescheitert, weil man nicht überblickt, welchen Einfluss diese Leute auf die Partei haben."

Wagner, der ein NPD-Verbot befürwortet, schlägt zudem die Gründung eines gesellschaftlichen Bündnisses von Vertretern aus der Politik, der Wirtschaft, den Kirchen und Jugendinitiativen vor. Dies solle "geduldig den Verbotsantrag vorbereiten", so Wagner im stern. Bernd Wagner gründete vor sieben Jahren das bundesweite erfolgreiche Neonazi-Aussteigerprojekt "Exit". Der Diplom-Kriminalist gilt als einer der profiliertesten Kenner der rechtsextremen Szene und berät Politiker, Verfassungsschützer und Wirtschaftsführer.

Pressekontakt: Für Rückfragen: stern-Redakteur Uli Hauser 040-3703-3866.

29.08.2007 www.tagesschau.de

* **Inder fragen deutsche Botschaft nach "No-Go-Areas"**

Nach der Hetzjagd auf acht Inder im sächsischen Mügeln machen sich viele Inder vor einer Reise nach Deutschland offenbar Sorgen. Bei der Botschaft in Neu Delhi werde häufig nach "No-Go-Areas" in Deutschland gefragt, berichtet der Unionsfraktionschef Kauder, der zurzeit in Indien ist. [\[mehr\]](#)

29.08.2007 www.tagesschau.de

* **NPD-Parteitag: Bamberg wehrt sich**

Die bayerische NPD will ihren Landesparteitag im September in Bamberg ausrichten. Die Stadt will die Veranstaltung mit allen Mitteln verhindern. [\[br\]](#)

29.08.2007 **Kölner Stadt-Anzeiger: Schavan auf Distanz zu NPD-Verbotsverfahren Stellvertretende CDU-Vorsitzende: Demokraten müssen die Kraft zur offenen politischen Auseinandersetzung haben**

Köln (ots) - Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Annette Schavan hat sich gegen die Neuauflage eines NPD-Verbotsverfahrens gewandt. "Das wichtigste Instrument ist die offensive politische Auseinandersetzung mit Zynikern und Extremisten. Dazu müssen die Demokraten die Kraft haben", sagte die ...

29.08.2007 **Rheinische Post: Unions-Fraktionschef Volker Kauder warnt die SPD: Debatte über NPD-Verbot nützt nur den Rechtsradikalen**

Düsseldorf (ots) - Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat die SPD davor gewarnt, ihr andauerndes Drängen auf ein Verbot der NPD ver helfe den Rechtsextremisten zu mehr Aufmerksamkeit. "Die Diskussion, die jetzt von der SPD öffentlich geführt wird, verschafft doch den Rechtsradikalen nur Auftrieb. Damit ...

29.08.2007 www.mdr.de

Staatsanwaltschaft berichtet über Ermittlungen in Mügeln

Mügeln: Auch anderthalb Wochen nach den gewaltsamen Übergriffen auf acht Inder haben Ermittler keine Hinweise auf eine organisierte rechtsextreme Tat. Das teilte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft mit. Bislang werde gegen sieben Tatverdächtige ermittelt. Es handele sich um Männer im Alter zwischen 17 und 35 Jahren. Ob sie dem rechten Spektrum angehörten oder vorbestraft seien, sei noch unklar. Auch der genaue Ablauf des Geschehens im Festzelt von Mügeln sei noch nicht vollständig geklärt. Die Staatsanwaltschaft erklärte, wegen der vielen Zeugen und teilweise widersprüchlichen Aussagen würden die Ermittlungen noch längere Zeit dauern. Bislang seien fast 70 Zeugen vernommen worden.

29.08.2007 www.stern.de

NPD-Verbotsdebatte - Die rechtsextreme Hydra

In der Partei tummeln sich Neonazis und verurteilte Gewalttäter. Doch was tun mit der NPD? Scheitert ein erneutes Verbotsverfahren, könnte das den Rechtsextremen einen Propagandaerfolg beschern, warnen Unionspolitiker und Experten. Die NPD verfolgt die Debatte mit freudiger Spannung. *Von Malte Arnspenger* [mehr...](#)

> [Kommentar: Becks Plauder-Politik birgt Gefahren](#)

> [NPD-Verbot: SPD sammelt sich hinter Beck](#)

29.08.2007 stern.de: Google will rechtsextreme Inhalte von Online-Videoplattform Youtube entfernen

Hamburg (ots) - Die Online-Videoplattform Youtube will sämtliche Filme mit rechtsextremen Inhalten schnellst möglich aus ihrem Angebot löschen, so Google-Sprecher Kay Oberbeck zu stern.de, dem Online-Magazin der Hamburger Zeitschrift stern. "Es ist selbstverständlich, dass Youtube selbst größtes Interesse hat, illegale, volksverhetzende Videos von der Plattform zu entfernen", erklärte Oberbeck gegenüber stern.de.

Das enorme Angebot rechtsradikaler Videos auf der zum Google-Konzern gehörenden US-Videoplattform hatte international massive Proteste jüdischer Organisationen ausgelöst. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte Anfang dieser Woche mit einer Klage wegen Volksverhetzung gedroht. Oberbeck sagte, dass Youtube bei der Verfolgung der Urheber mit "staatlichen Ermittlungsbehörden wie zum Beispiel der Polizei" zusammenarbeiten werde.

In Zukunft will Youtube laut Oberbeck strenger kontrollieren, welche Inhalte von Nutzern hochgeladen werden: "Kein System ist perfekt, und wir müssen hart daran arbeiten, es noch engmaschiger zu gestalten", so Oberbeck weiter. "Die Beschwerde-Systeme zum Aufdecken solcher Rechtsbrüche müssen zusammen mit den Nutzern weiter verbessert werden."

Das komplette Interview lesen Sie auf www.stern.de/youtube

Pressekontakt: Für Rückfragen: stern.de-Redakteur Ralf Klasen 040/3703-4290

**30.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1200491
[Koalition streitet über NPD-Verbot](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1200491)**

Kauder: Diskussion verschafft den Rechtsradikalen nur Auftrieb

30.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Extremismus Nach Interview des Mügeln Bürgermeister in der "Jungen Freiheit" Edathy: Westerwelle soll sich von Parteifreund Deuse distanzieren

Halle (ots) - Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), hat den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle aufgefordert, sich von dem Mügeln Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) zu distanzieren und Deuse selbst den Rücktritt nahe gelegt. "Es ist an der Zeit, dass der Parteivorsitzende Guido Westerwelle Herrn Deuse zur Ordnung ruft und klar stellt, dass dieser nicht für die FDP spricht", sagte er der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" (Freitag-Ausgabe). "Herr Deuse sollte sich fragen, ob er sein Amt weiter ausüben kann. Ich habe da meine Zweifel." Anders als von Deuse dargestellt, so Edathy, "hat es in Mügeln eine Pogromstimmung gegen aus dem Ausland stammende Mitbürger gegeben, die in einen Gewaltexzess mündete".

Deuse hatte der wegen ihrer rechten Ausrichtung umstrittenen Zeitung "Junge Freiheit" mit Blick auf das Motiv für die Hetzjagd auf acht Inder in seiner Stadt gesagt: "Rechtsextremismus schließe ich aus." Er hatte hinzugefügt: "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein."

**Pressekontakt: Rückfragen bitte an: Mitteldeutsche Zeitung
Chefredaktion Tel.: 0345 565 4300**

30.08.2007 Der Tagesspiegel: FDP-Generalsekretär: Es darf keine Relativierung von Gewalttaten geben

Berlin (ots) - Berlin. FDP-Generalsekretär Dirk Niebel distanzierte sich von den Äußerungen seines Parteikollegen. Dem "Tagesspiegel" (Freitagausgabe) sagte Niebel, Bürgermeister Deuse sei selbst dafür verantwortlich, was er wem sage: "Für die FDP sage ich: Es darf keinerlei Relativierung von Gewalttaten und Ausländerfeindlicher Gesinnung geben. Für alle Demokraten gehört das zu den Grundsätzen einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft", sagte Niebel dem Tagesspiegel.

**Pressekontakt: Der Tagesspiegel Chef vom Dienst Thomas Wurster
Telefon: 030-260 09-308 Fax: 030-260 09-622 cvd@tagesspiegel.de**

30.08.2007 Blick nach Rechts - Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:

„Ausgrenzungspolitik“

Die NPD will nicht mehr mit den Rechts-„Autonomen“ zusammenarbeiten – „freie“ Neonazis setzen sich zunehmend von der Partei ab.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/ausgrenzungspolitik/>

„Privatveranstaltung“ [€]

Braunes Spektakel mit Fußball und „Nationalem Flohmarkt“ im Schlosspark.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/privatveranstaltung/>

Nach dem Verbot nicht tot [€]

Anklagen gegen die Mitglieder von „Sturm 34“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/nachdemverbotnichttot/>

Hinrichtung von Gegnern [€]

Brutale rechtsextreme Gewalt in Russland.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/hinrichtungvongegnern/>

Ein ehrenwerter Herr [€]

Günther Kissel, Neumitglied bei „pro NRW“, unterhält Kontakte zu Holocaust-Leugnern und anderen Vertretern der extremen Rechten.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/einehrenwerterherr/>

Einzigartige Beziehungen

Mit dem Abkommen vom 10. September 1952 verpflichtete sich die Bundesrepublik, dem Staat Israel beim Aufbau zu helfen – ihr internationales Ansehen stieg danach schnell an.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/einzigartigebeziehungen/>

„Es geht nicht um Reue“ [€]

Die Angehörigen von Opfern des SS-Massakers in Distomo warten bis heute vergeblich auf eine Entschädigung. Der Dokumentarfilm „Ein Lied für Argyris“ erzählt die Geschichte eines Überlebenden.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/esgehtnichtumreue/>

Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ – Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden

Ein neu erschienener Sammelband liefert handfeste Belege für die starke Affinität der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zum extrem rechten politischen Spektrum.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/genauhinschauen/>

Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert.

Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention [€]

Der Rechtsextremismus bietet auch eine eigene Erlebniswelt – damit sollen speziell Jugendliche geködert werden.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe182007/verschleiertebotschaften/>

„Verräter“ in der Szene

Dortmund – Ein mutmaßlicher V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes soll einen 22-jährigen Rechtsextremen mit der Waffe ausgestattet haben, mit der dieser bei einem Raubüberfall Anfang Februar in Dortmund einen 60-jährigen Kunden niederschoss.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/verraeterinderszene/>

Haft für Holocaust-Leugner

Österreich (Wien) – Der 56-jährige Wiener Ex-FPÖ-Bezirksrat Wolfgang Fröhlich sitzt wegen NS-Wiederbetätigung in Haft.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/haftfuerholocaustleugner/>

30.08.2007 Mitteldeutsche Zeitung: zu Mügeln/Bürgermeister

Halle (ots) - Deuse macht dabei keine gute Figur. Er beschönigt, wiegelt ab, weiß von nichts. Nichts von Rechtsextremismus in seiner Stadt, nichts davon, dass die "Junge Freiheit", der er jetzt ein Interview gegeben hat, rechtsgerichtet ist. Womöglich weiß er nicht einmal, dass in Mügeln zehn Prozent die NPD gewählt haben. Lassen wir die Ironie. Der Mann wirkt einfach überfordert; ihm Sympathie für rechte Gedanken zu unterstellen, wäre wohl falsch. Doch es ist unerträglich, erleben zu müssen, wie ein FDP-Kommunalpolitiker von einer Peinlichkeit in die andere taumelt. Statt offensiv gegen braunen Ungeist vorzugehen, wird im Rathaus verharmlöst. So wächst schleichend Akzeptanz für rechte Parolen.

Pressekontakt:

Rückfragen bitte an:

Mitteldeutsche Zeitung

Chefredaktion

Tel.: 0345 565 4300

31.08.2007 Junge Freiheit-Stargast des Tages: Gotthard Deuse

--> <http://www.jungewelt.de/2007/08-31/030.php>

31.08.2007 <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56986>

Newsletter vom 31.08.2007 - Menschenjäger

JENA/MAGDEBURG/DORTMUND (Eigener Bericht) - Deutsche Neonazis kündigen für den morgigen Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen einen Marsch durch Dortmund an. "Mehr als 60 Jahre leben wir nun befreit von Eigenständigkeit, befreit vom Recht auf Selbstbestimmung", heißt es in einem Aufruf der Organisatoren über die Niederschlagung des NS-Terrors durch die Alliierten. Die Demonstration in der

früheren Arbeitermetropole ist von den zuständigen Behörden ausdrücklich genehmigt worden und wird von den Sicherheitskräften gegen Proteste aus der Bevölkerung abgeschirmt. Für den folgenden Samstag planen die Neonazis ein Musikfestival in Jena, um die europaweite Vernetzung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und gewaltbereiter Rechtsextremisten zu verdichten. Auch diese Veranstaltung findet mit Genehmigung staatlicher Stellen statt - nur wenige Tage nach der Menschenjagd im sächsischen Mügeln. Dort trieben rund 50 Deutsche acht Inder durch die Kleinstadt. Die Bundesregierung behauptet weiter, sie wolle gegen rechte Gewalttäter "entschieden" einschreiten. Wie Heike Kleffner, die Leiterin der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt, im Gespräch mit german-foreign-policy.com urteilt, ist bereits jetzt in manchen Teilen Deutschlands "eine Kultur der Akzeptanz für rechte Einstellungen, rechte Aktivitäten und rechte Gewalt entstanden, die man kaum noch aufbrechen kann."

31.08.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1201170
Kommentar: Rassismus in der Mitte

Gotthard Deuse ist Bürgermeister von Mügeln und in der FDP. Er ist also sicher kein Nazi und wahrscheinlich auch kein Rassist. Und doch muss man leider sagen: Wer einen solchen Bürgermeister hat, der...

31.08.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/36/muegeln-buergemeister-kritik?from=24hNL>
+++ Mügeln: Verharmlosung der Gewalt? +++

Mügelns Bürgermeister Deuse unter Druck. Nach einem Interview zu der Jagd auf Inder ausgerechnet mit der rechten "Jungen Freiheit" fordern Politiker seinen Rücktritt

31.08.2007 www.spiegel-online.de

ESKALATION AUF STADTFEST

Ermittler erkennen fremdenfeindliche Motive bei Gewaltnacht von Mügeln

Die Ermittlungen nach der Hetzjagd von Mügeln weiten sich aus: Die Staatsanwaltschaft hat gegen zwölf Verdächtige Verfahren eingeleitet. Fremdenfeindliche Motive hätten bei der Gewalteskalation eine wichtige Rolle gespielt, Anhaltspunkte für eine organisierte rechtsradikale Tat gebe es aber nicht. [mehr...](#) [[Forum](#)]

31.08.2007 www.spiegel-online.de

NEONAZI- VIDEOS AUF YOUTUBE

Google bastelt den Super- Filter

YouTube-Eigentümer Google gibt sich kämpferisch: Mit bald verfügbarer Hashing-Technik sollen einmal als unerwünscht markierte Inhalte nie mehr eingestellt werden können - sei es nun Neonazi-Propaganda oder urheberrechtlich geschütztes Filmmaterial. Von Stefan Schultz [mehr...](#)

31.08.2007 www.tagesschau.de

*** Bamberg: NPD muss draußen bleiben**

Die rechtsextremistische NPD darf ihren Landesparteitag vorerst nicht in der Bamberger Konzert- und Kongresshalle abhalten. Mit einem Eilantrag vor Gericht ist die Partei gescheitert. [[br](#)]

31.08.2007 [Mitteldeutsche Zeitung: zu Mügeln/Bürgermeister](#)

Halle (ots) - Deuse macht dabei keine gute Figur. Er beschönigt, wiegelt ab, weiß von nichts. Nichts von Rechtsextremismus in seiner Stadt, nichts davon, dass die "Junge Freiheit", der er jetzt ein Interview gegeben hat, rechtsgerichtet ist. Womöglich weiß er nicht einmal, dass in Mügeln zehn Prozent die NPD ...

31.08.2007 [Rheinische Post: Minister Tiefensee warnt vor Verharmlosung der Hetzjagd von Mügeln](#)

Düsseldorf (ots) - Nach den Äußerungen des Bürgermeisters von Mügeln, Gotthard Deuse (FDP), der im Zusammenhang mit der Hetzjagd auf acht Inder eine "Vorverurteilung" seiner Stadt zurückwies, hat Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) vor einer Verharmlosung der Vorfälle gewarnt. "Wegschauen und Kleinreden ...

31.08.2007 [Kölner Stadt-Anzeiger: Niedersachsens FDP-Fraktionschef nennt Verhalten des Mügeln Bürgermeisters erschreckend](#)

Köln (ots) - Der niedersächsische FDP-Fraktionsvorsitzende Philipp Rösler hält einen Parteiausschluss des Mügeln Bürgermeisters Gotthard Deuse (FDP) für kaum realisierbar. "Man kann leicht in eine Partei eintreten; jemanden heraus zu bekommen, ist immer schwierig", sagte er dem "Kölner Stadt-Anzeiger" ...

31.08.2007 www.mdr.de

Nach Übergriffen in Mügeln bisher 12 Verdächtige ermittelt

Mügeln: Knapp zwei Wochen nach den Übergriffen auf acht Inder hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen auf 12 Verdächtige ausgeweitet. Wie die Behörde weiter bekannt gab, werden ihnen

Landfriedensbruch, Volksverhetzung und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Die Männer stammten alle aus Mügeln und Umgebung. Nach der Vernehmung von 125 Zeugen gebe es aber keine Anhaltspunkte, dass eine Hetzjagd durch mehrere Straßen stattgefunden habe. Auch deute nichts auf einen organisierten rechtsextremistischen Hintergrund hin. Allerdings sei es eindeutig zu fremdenfeindlichen Äußerungen Einzelner gekommen. - Bei den Ausschreitungen nach einem Stadtfest waren in Mügeln acht Inder verletzt worden. Erst ein Großaufgebot der Polizei konnte die Krawalle beenden.

31.08.2007 Der Tagesspiegel: Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz sieht eine Verbindung zwischen der rassistischen Propaganda der Partei und den Ausschreitungen

Berlin (ots) - Berlin - Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, sieht eine Verbindung zwischen der Agitation der NPD und den Ausschreitungen im sächsischen Mügeln. Die rechtsextremistische Partei sei "mitverantwortlich, weil sie eine rassistische Propaganda betreibt", sagte Fromm im Interview des Tagesspiegels. Der Präsident des BfV warnt zudem vor den Versuchen der NPD, sich vor allem in Ostdeutschland "im gesellschaftlichen Leben zu etablieren". In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sei es der Partei schon gelungen, in der Kommunalpolitik Fuß zu fassen. Um sich als vertrauenswürdig und wählbar darzustellen, werde die ideologische Nähe zum Nationalsozialismus verschleiert. Andererseits werde diese bei bestimmten Anlässen, wie dem "Heß-Gedenktag", deutlich gemacht, um die "Unterstützung aus dem Neonazi-Lager zu erhalten". Fromm äußerte sich skeptisch über die Aussichten eines erneuten Verbotsverfahrens gegen die NPD. Er betonte, der Einsatz von V-Leuten bleibe "ein unverzichtbares Instrument für den Verfassungsschutz". Das Bundesverfassungsgericht hatte im Jahr 2003 das erste Verbotsverfahren wegen der unklaren Rolle von V-Leuten in der NPD eingestellt. Die linksextremistische Szene hat nach den Erkenntnissen Fromms von den Massenprotesten gegen den G-8-Gipfel in in Heiligendamm nicht nachhaltig profitieren können. "Der Linksextremismus wirkt verbraucht und es mangelt schon seit Jahren an Nachwuchs", sagte der Präsident des BfV. Es seien aber weiterhin Anschläge militanter Linksextremisten zu erwarten. Auch die Festnahme mutmaßlicher Mitglieder der Berliner "Militanten Gruppe", laut Fromm "ein erfreulicher Fahndungserfolg", sei noch keine Lösung des Problems. Kurz vor dem sechsten Jahrestag der Anschläge vom 11. September in den USA befürchtet Fromm eine Revitalisierung von Al Qaida. Offenbar habe sich die "Kernstruktur" der Terrororganisation "im Grenzgebiet von Pakistan-Afghanistan reorganisiert". Es sei daher wahrscheinlich, "dass Al Qaida wieder operative oder steuernde Fähigkeit erlangt hat". Mit Sorge beobachte der Verfassungsschutz zudem die Reisebewegungen von Islamisten zwischen Deutschland und Ländern wie dem Irak und Pakistan. Angesichts der hohen Anschlaggefahr in Deutschland fordert Fromm für den Verfassungsschutz das Recht auf Online-Durchsuchungen. "Aktivitäten von Terrorverdächtigen müssen auch und gerade im Internet zur Aufklärung im Vorfeld möglicher Anschläge beobachtet werden", sagte Fromm. Die offene Recherche im Internet reiche nicht aus.

Pressekontakt:

Der Tagesspiegel

Chef vom Dienst Thomas Wurster

Telefon: 030-260 09-308

Fax: 030-260 09-622

cvd@tagesspiegel.de

01.09.2007 Kriegsverrat ist Friedenstat

Wer nach Auffassung der Nazis »Feindbegünstigung« beging, gilt heute noch als vorbestraft. Führende Militärgeschichtler fordern in einer neuen Studie die Rehabilitierung der im Faschismus Verurteilten von Frank Brendle

--> <http://www.jungewelt.de/2007/09-01/001.php>

01.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1201884

[Mügeln: Deuse distanziert sich von sich selbst](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1201884)

Mügeln's Bürgermeister von Mügeln will nicht mehr verharmlosen. Doch der Zentralrat der Juden fordert den Rücktritt des FDP-Politikers.

 **Fotostrecke: [Mügeln: Die Geschichte eines ostdeutschen Skandals](#)**

01.09.2007 <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/664831/>

Deutschlandradio Kultur, Interview

Griefahn: YouTube muss schneller auf rechtsextreme Videos reagieren

Nachdem bekannt wurde, dass auf dem Internetportal YouTube weiterhin Videos mit rechtsextremen Inhalten abrufbar sind, hat Monika Griefahn, Sprecherin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Fraktion, eine schnelle Möglichkeit für Nutzer gefordert, auf solche Inhalte aufmerksam zu machen. YouTube müsse wesentlich schneller reagieren. Der Bundestag werde dabei auch entsprechend Druck ausüben.

01.09.2007 www.dradio.de

Vor Neonazi-Aufmarsch demonstrieren Hunderte in Neuruppin gegen Rechtsextremismus

Im brandenburgischen Neuruppin haben sich mehrere hundert Menschen an einer Kundgebung und einem anschließenden Demonstrationzug gegen Rechtsextremismus beteiligt. Vor einem am Mittag beginnenden

Aufmarsch von Neonazis sollte nach Angaben der Stadt mit dieser Aktion ein Signal gesetzt werden, dass in Neuruppin kein Platz für rechtes Gedankengut ist.

01.09.2007 www.tagesschau.de

* [ARD-Magazin "Kontraste" : Nazi-Kultstätte am Obersalzberg](#)

Am Obersalzberg können sich Touristen kritisch mit der NS-Geschichte auseinandersetzen. Neonazis nutzen den Ort hingegen als Pilgerstätte, so das ARD-Magazin "Kontraste". [[br](#)]

01.09.2007 [LVZ: Sachsens FDP-Generalsekretär Herbst: Rücktritt des Mügelnr Bürgermeister steht "überhaupt nicht zur Debatte"](#)

Leipzig (ots) - Die sächsische FDP-Spitze hat Forderungen nach einem Rücktritt des Mügelnr Bürgermeisters Gotthard Deuse (FDP) zurückgewiesen. Nach einem Interview Deuses in der rechtsgerichteten Wochenzeitung "Junge Freiheit" hatte unter anderem der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, ...

01.09.2007 [Ostsee-Zeitung: OSTSEE-ZEITUNG, Rostock, zu Mügeln/Bürgermeister](#)

Rostock (ots) - Die nun in breiter Öffentlichkeit erhobenen Rücktrittsforderungen hat Mügeln's Rathauschef mit seinen leichtfertigen wie verharmlosenden Auftritten selbst zu verantworten. Die Liberalen haben das Problem erkannt und sich recht rasch von Deuse distanziert. Die FDP will keinen zweiten Fall Möllemann. ...